



FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG Für die Freiheit.

**UP!**  
for democracy

STUDIE

# UMBRÜCHE IM PARTEIENSYSTEM EINE (NEUE) POPULISTISCHE HERAUSFORDERUNG?

L. Constantin Wurthmann, J. Philipp Thomeczek

# Impressum

## Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Truman-Haus  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org  
/FriedrichNaumannStiftungFreiheit  
/FNFreiheit  
/stiftungfuerdiefreiheit

## Autoren

Dr. Constantin Wurthmann, Lorenz-von-Stein Research Fellow;  
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Universität Mannheim  
Dr. Jan Philipp Thomeczek, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Potsdam;  
Professur für Vergleichende Politikwissenschaft

## Redaktion

Thomas Volkmann, stv. Leiter  
Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Kontakt

Telefon +49 30 220126-34  
Telefax +49 30 690881-02  
E-Mail service@freiheit.org

## Stand

April 2025

## Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

## Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

# Inhalt

<b>1. EINLEITUNG .....</b>	<b>4</b>
<b>2. DAS DEUTSCHE PARTEIENSYSTEM IN SEINER ENTWICKLUNG .....</b>	<b>5</b>
2.1    Die Jahre 1949 bis 1979: Die Phase der Formierung und Konsolidierung .....	5
2.2    Die Jahre 1979 bis 1990: Von der Grünen-Entstehung bis zur Wende .....	5
2.3    Die Jahre 1990 bis 2005: Von der Wiedervereinigung zum Ende rot-grüner Experimente .....	6
2.4    Die Jahre 2005 bis 2021: Atomisierung ohne Aussicht auf eine Beruhigung der Lage? .....	6
2.5    Vor der Neuwahl 2025: BSW als neuer populistischer Herausforderer .....	8
<b>3. DAS DEUTSCHE PARTEIENSYSTEM.....</b>	<b>9</b>
3.1    Zur analytischen Einordnung .....	9
3.2    Sozioökonomisch und Soziokulturell: Links und Rechts im zweidimensionalen Raum.....	10
3.3    Das deutsche Parteiensystem 2024.....	12
<b>4. POPULISMUS UND DAS DEUTSCHE PARTEIENSYSTEM.....</b>	<b>15</b>
4.1    Populismus definieren.....	15
4.2    Populistische Parteien in Deutschland.....	16
4.3    Wie populistisch sind die deutschen Parteien? .....	16
4.4    Populismus unter Wählerinnen und Wählern.....	18
<b>5. FAZIT .....</b>	<b>24</b>
<b>6. LITERATUR.....</b>	<b>25</b>
<b>7. AUTOREN .....</b>	<b>27</b>

# 1. Einleitung

Das deutsche Parteiensystem befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Klassische Allianzen zwischen kirchgehegenden Katholiken, die über Jahrzehnte das treueste Wählerreservoir der CDU/CSU waren, erodieren ebenso wie die längst vollzogene Erosion eines einst stabilen Bündnisses aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und der SPD (Elff & Roßteutscher, 2022). Im weitesten Sinne sind sie Ausdruck der voranschreitenden Individualisierung der Gesellschaft, bei der Parteien immer mehr an Bindekraft eingebüßt haben (Inglehart, 2015). Gleichzeitig bricht das Engagement in den etablierten Parteien ein, während parallel die deutsche Gesellschaft überaltert und auch in den Parteien vor allem nur durch Generationen höherer Altersgruppen getragen wird. Der Soziologe Ulrich Beck hat mit einer Feststellung in den 1980ern durchaus Recht behalten: Parteien werden „zu Konservatoren einer sozialen Wirklichkeit, die es immer weniger gibt“ (Beck, 2016, S. 158).

Die fehlende Bindekraft der bestehenden Parteien und die fortschreitende Individualisierung der Gesellschaft haben zu mehr Offenheit für neue Parteien geführt. Die Verfestigung dieses Trends verändert das Parteiensystem langfristig. Dabei spielen vor allem zwei zentrale Aspekte eine Rolle: Fragmentierung und Polarisierung. Fragmentierung bezeichnet die zunehmende Aufsplittung des Parteiensystems, bei der sich die Wählerstimmen auf eine größere Anzahl von Parteien verteilen. Dadurch werden Mehrheitsbildungen für Regierungskoalitionen in der Tendenz komplexer oder können sogar verhindert werden, wie man in Thüringen (seit 2019) sieht. Dabei spielt allerdings keinesfalls nur die bloße Anzahl der Parteien eine elementare Rolle, sondern auch die wachsende ideologische Distanz zwischen diesen Parteien. Diese wachsende Distanz, auch Polarisierung genannt, macht die für Demokratien so zentrale Konsensfindung immer schwieriger.

Dabei sind es allerdings nicht nur klassische Wertkonflikte wie jene zwischen Solidarität und Eigenverantwortung, staatlicher Einflussnahme in Marktgeschehen und deren Abwehr sowie dem Wunsch nach weniger oder mehr religiöser Einflussnahme auf die schulische Bildung, die den Wettbewerb der Parteien bestimmen. Längst wird um Wählerstimmen durch Parteien geworben, die sich explizit nicht zu Pluralismus und der unumstößlichen Menschenwürde, die das Grundgesetz klar vorgibt, bekennen wollen. Gleichzeitig fällt es den Parteien des demokratischen Spektrums, in einer Zeit, in der Populisten und Autoritären mit verkürzten Antworten locken, immer schwerer, hinreichende Antworten auf neue Herausforderungen zu finden.

Zwar können wir ebenso wenig die zentralen Herausforderungen dieser Zeit mit dem vorliegenden Beitrag beantworten. Allerdings können wir die derzeitigen Entwicklungen aus historischer Perspektive einordnen und politikwissenschaftlich kontextualisieren. Dazu gehört in Abschnitt 2 zunächst die grundlegende Einordnung, wie und in welchen Schritten sich das deutsche Parteiensystem, wenn auch sehr stark komprimiert dargestellt, verändert hat. So wird verständlich,

weshalb sich zu CDU/CSU, SPD und FDP, die das Parteiensystem seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland prägen, im Zeitverlauf immer mehr erfolgreiche Parteien gesellt haben. Dazu lassen sich die westdeutschen Grünen zählen, die 1993 mit dem ostdeutschen Bündnis '90 zu Bündnis 90/ Die Grünen fusionierten. Oder auch die Partei Die Linke, die 2007 aus einer Fusion der Linkspartei.PDS und der Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) hervorgegangen ist. Nicht zuletzt die Erfolge der radikal rechten AfD (Lewandowsky & Heinze, 2022), die das deutsche Parteiensystem seit 2013 bewegen, haben zu weitreichenden Disruptionen geführt. Auch das Anfang 2024 neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) hat zweifelsohne das Potenzial, sich langfristig zu etablieren (Thomeczek, 2024b; Wagner et al., 2023; Wurthmann & Wagner, 2024).

Zwar ist es dem BSW nicht gelungen, im ersten Anlauf den Sprung in den Deutschen Bundestag zu schaffen. Dennoch bleibt die Partei weiterhin drittstärkste Kraft in drei ostdeutschen Landesparlamenten, in zwei davon sogar mit Regierungsbeteiligung. Es erscheint als unwahrscheinlich, dass zur Zukunft des BSW das letzte Wort gesprochen ist.

In Abschnitt 3 gehen wir detaillierter auf die räumlichen Bedingungen des deutschen Parteienswettbewerbs ein. Dabei illustrieren wir, weshalb es sich bei einer reduzierten Darstellung einer eindimensionalen Selbstverortung als „Links“ oder „Rechts“ um ein begrenzt aussagekräftiges Konstrukt handelt und zeigen den Parteienswettbewerb entlang einer sozioökonomischen und einer soziokulturellen Konfliktdimension.

Im darauffolgenden Abschnitt 4 werden wir systematischer auf den Begriff des Populismus eingehen und wie sich dieser derzeit im deutschen Parteiensystem zeigt. Ebenso werden wir zu diesem Zweck Bevölkerungsdaten anführen, um zu untersuchen, ob die Deutschen im Zeitverlauf populistischer geworden sind und wenn dem so ist, anhand welcher Faktoren sich dies beobachten lässt.

Anschließend werden wir im Abschnitt 5 unsere Befunde zusammenfassen und ein Gesamtfazit ziehen.

## 2. Das deutsche Parteiensystem in seiner Entwicklung

### 2.1 Die Jahre 1949 bis 1979: Die Phase der Formierung und Konsolidierung

Über Jahrzehnte wurde das deutsche Parteiensystem als ein „Hort der Stabilität“ (Niedermayer, 2000) beschrieben, an dem viele gesellschaftliche Transformationsprozesse nahezu spurlos vorbeigegangen sind. Gleichzeitig hat das deutsche Parteiensystem seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 eine bemerkenswerte Evolution durchlaufen. Dabei stand zu Beginn zunächst die starke Prägung der politischen Landschaft durch die Nachkriegsordnung und die Teilung Deutschlands. Insbesondere die CDU/CSU und die SPD entwickelten sich zu politisch sehr dominanten Kräften, was auch dank ihrer sehr hohen sozialstrukturellen Verankerung begünstigt war. Der CDU/CSU gelang es insbesondere konfessionell orientierte, katholische Wähler an sich zu binden, während die SPD besonders ausgeprägte Erfolge im gewerkschaftlich organisierten Arbeitsermilieu erzielen konnte. Den beiden Volksparteien gelang es, nahezu alle kleineren Parteien entweder zu verdrängen oder in die eigenen Strukturen zu integrieren. Eine Ausnahme davon stellte die FDP dar, die sich als anti-konfessionelle und zudem anti-sozialistische Partei des Mittelstands und des Beamtenstums positionierte. Bis zum Ende der 1970er Jahre konzentrierte sich der Wahlerfolg der drei Parteien derart, dass Union, SPD und FDP bis zu 99 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnten (von Alemann et al., 2018). Auch auf der Ebene nationaler Regierungskoalitionen dominierten Christdemokraten und Christsoziale, Sozialdemokraten und Liberale das politische Parkett. Insbesondere die Liberalen übernahmen eine Schlüsselrolle in diesen dreißig Jahren, regierten diese doch insgesamt 22 Jahre: von 1949 bis 1956 sowie von 1961 bis 1966 mit der CDU/CSU sowie von 1969 bis 1979 mit der SPD (Deterbeck, 2011; Korte & Fröhlich, 2009; Mannewitz & Rudzio, 2022; Marschall, 2023; Von Alemann et al., 2018; Wurthmann, 2022).

### 2.2 Die Jahre 1979 bis 1990: Von der Grünen-Entstehung bis zur Wende

Die 1970er sind gleichzeitig geprägt von enormen gesellschaftlichen Fliehkräften, die der amerikanische US-Politikwissenschaftler Ronald Inglehart (der mit seinem im Jahr 1977 veröffentlichten Werk „Die stille Revolution“ über Jahrzehnte politik- und sozialwissenschaftliche Debatten prägen wird) prägnant beschrieb. Demnach führte der zunehmende Wohlstand westlicher Gesellschaften dazu, dass sich Nachkriegsgenerationen sukzessive aus sozialstrukturellen Kontexten wie etwa dem kirch- oder gewerkschaftsnahen Milieu entfernen und sich zunehmend individualisierten. Durch diesen Individualismus, der einherging mit einer zunehmenden postmaterialistischen Wachstumskritik, rückten kapitalismuskritische und ökologische sowie grün-alternative

Gesellschaftsmodelle in den Vordergrund politischer Auseinandersetzungen (Inglehart, 2015). Gleichzeitig büßten die CDU/CSU und SPD immer mehr ihrer vorangegangenen politischen und gesellschaftlichen Bindekraft ein. Insbesondere die Umweltbewegung setzte sich für eine nachhaltige Politik ein und führte zu einer zunehmenden Sensibilisierung für ökologische Fragestellungen, was schließlich zur Gründung erster Landesverbände der Grünen führte. Die Gründung der Bundespartei erfolgte zu Beginn des Jahres 1980, der erste Einzug in den deutschen Bundestag gelang der Partei schließlich im Jahr 1983. Dort setzten die Grünen bis zur Bundestagswahl 1990, der ersten gesamtdeutschen Wahl, politische Akzente, der Zugang zu politischen Ämtern blieb der neuen Partei auf Bundesebene allerdings verwehrt (Pappi et al., 2019; Poguntke, 1993).

Für die liberale FDP, SPD und CDU/CSU kennzeichnen die Jahre von 1979 bis 1990 eine Phase bedeutender Umbrüche. Noch 1980 war die FDP mit dem Versprechen in den Bundestagswahlkampf gezogen, dass eine Stimme für die Liberalen garantiere, dass Helmut Schmidt, der seit 1974 als Kanzler einer sozialliberalen Koalition aus SPD und FDP regierte, auch Kanzler bleiben werde (Michel, 2005). 1982 kam es zum Bruch der Koalition: Schmidt wurde in einem für die Bundesrepublik Deutschland erstmals erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum ersetzt – durch den Christdemokraten Helmut Kohl. Die Entwicklung war das Ende eines langjährigen Prozesses. Schon seit der zweiten Hälfte der 1970er hatte sich die FDP um den Wirtschaftsliberalen Otto Graf Lambsdorff neu ausgerichtet und entsprechend zu organisieren versucht. Das 1977 veröffentlichte Grundsatzprogramm, bekannt als die Kieler Thesen, legte das wirtschaftspolitische Credo „Privat vor Staat“ fest und verschob die innerparteiliche Agenda hin zu einer stärker wirtschaftsliberalen Ausrichtung. Dies geschah, nachdem in der Regierungszeit mit der SPD vor allem gesellschaftspolitische Reformen im Vordergrund gestanden hatten. Der marktwirtschaftlich motivierte Kurswechsel innerhalb der FDP führte dazu, dass die sozialliberalen Strömungen zunehmend aus der Partei gedrängt wurden (Mannewitz & Rudzio, 2022; Marschall, 2023; Wurthmann, 2022).

Die christlich-liberale Koalition unter Kohl setzte bis 1990 auf eine marktwirtschaftliche Reformagenda, die durch Steuererleichterungen, Deregulierung und eine straffe Geldpolitik gekennzeichnet war. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, das Wirtschaftswachstum zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu senken, was in den folgenden Jahren zu einer Beruhigung der vorher angespannten Wirtschaftslage führte. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 markierte das Ende der Teilung Deutschlands. Die Öffnung der Mauer führte zu grundlegenden Veränderungen in der politischen Landschaft und bereitete den Weg für die Wiedervereinigung, während sie gleichzeitig als Symbol für Unterdrückung und Teilung zwischen Ost und West fiel. Am 2. Dezember 1990 fand die

erste gesamtdeutsche Bundestagswahl statt. Wie bedeutsam diese für das Parteiensystem sein würde, war seinerzeit nicht absehbar (Korte & Fröhlich, 2009; Niedermayer, 2018).

### **2.3 Die Jahre 1990 bis 2005: Von der Wiedervereinigung zum Ende rot-grüner Experimente**

Durch die Wiedervereinigung veränderten sich gleich mehrere strukturelle Ausgangsbedingungen des deutschen Parteiensystems. Zunächst scheiterten die aus Westdeutschland stammenden Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde. Dem Bündnis '90, einer aus der Bürgerbewegung und oppositionellen Gruppen entstandenen Partei, gelang allerdings über ostdeutsche Wählerstimmen der Einzug in das Parlament. Wenige Jahre später, im Jahr 1993, sollte es zu einer Vereinigung beider Parteien kommen. Die daraus entstandene Partei, Bündnis '90/Die Grünen, prägt das deutsche Parteiensystem bis heute.

Eine weitere, weitgehende strukturelle Veränderung wird dadurch sichtbar, dass mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) ein zwar nicht vollends neuer Akteur das politische Parkett betrat, sich dessen politische Aktivitäten allerdings bis dahin auf die ostdeutschen Bundesländer begrenzten. Für eine politische Neugründung reichte der Wunsch nach Reformen allerdings offenkundig nicht (Neu, 2004). Eben in jener Partei beginnt Anfang der 1990er Jahre auch die Karriere einer bis dato unbekannten jungen Politikerin: Sahra Wagenknecht.

Die seit 1982 amtierende christlich-liberale Koalition aus CDU/CSU und FDP wurde 1998 schließlich abgewählt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden dabei eine komplette Regierungsmannschaft und die ihr angehörenden Parteien in den vorläufigen (Regierungs-)Ruhestand geschickt. War zuvor immer nur maximal ein Koalitionspartner ausgetauscht worden, übernahmen nun mit SPD und Bündnis '90/Die Grünen zwei Parteien, die in dieser Konstellation auf Bundesebene noch nie regiert hatten. Der PDS, die bis dato nur über Direktmandate und in Gruppenstärke in den Bundestag eingezogen war, gelang bei dieser Bundestagswahl erstmals der Einzug in Fraktionsstärke in das Parlament. 2002 wiederum zogen nur noch zwei direkte gewählte PDS-Abgeordnete in den Bundestag ein. Während die CDU/CSU in den Folgejahren durch die CDU-Spendenaffäre politisch vor allem eine Zeit mit sich selbst beschäftigt war, stellte sich die FDP sukzessive weiter als politisch wirtschaftsliberale Kraft im deutschen Parteiensystem auf. Währenddessen werden die Regierungsjahre der rot-grünen Regierung Schröder durch außen- und sicherheitspolitische Ereignisse wie die Terroranschläge des 11. September 2001 sowie die Weigerung, sich am Irak-Krieg zu beteiligen, geprägt. Auch unternahmen Regierung und (bürgerliche) Opposition eine Reihe von Anstrengungen, den Wirtschaftsstandort Deutschland durch sozial- und wirtschaftspolitische Reformen neu auszurichten. Diese führten in den Reihen der SPD zu immensen Zerwürfnissen, in deren Folge sich 2005 eine sozial- und wirtschaftspolitische Gruppe abspalte und um den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine eine

neue Partei gründete: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 traten WASG und PDS als gemeinsame Wahlliste „Linkspartei.PDS“ an. Fortan nahm im Parlament neben der SPD wieder eine sozial- und wirtschaftspolitisch linkere Kraft ihre Plätze ein (Jun, 2007; Mannewitz & Rudzio, 2022; Marschall, 2023; Marschall & Masch, 2020; Niedermayer, 2018; S. Pickel, 2000; Von Alemann et al., 2018; Wurthmann, 2022).

### **2.4 Die Jahre 2005 bis 2021: Atomisierung ohne Aussicht auf eine Beruhigung der Lage?**

Seit 2005 hat das deutsche Parteiensystem markante Veränderungen durchlaufen, die auf neue Akteure, zunehmende Fragmentierung und ideologische Verschiebungen hinweisen. Die Piratenpartei, gegründet 2006, sorgte mit ihren Schwerpunkten auf Bürgerrechte im digitalen Zeitalter, Transparenz und Netzpolitik zunächst für Aufsehen. Bei der Bundestagswahl 2009 erzielte sie 2,0 Prozent der Stimmen und konnte diesen Anteil 2013 auf 2,2 Prozent steigern. Doch trotz anfänglicher Erfolge und großer medialer Aufmerksamkeit gelang es der Partei nicht, sich dauerhaft zu etablieren. Die Piratenpartei verschwand schnell aus dem politischen Fokus, auch weil sie Schwierigkeiten hatte, eine breitere Wählerbasis anzusprechen und aufgrund einer strikt vollzogenen Depersonalisierung in Form von kurzen Amtszeiten an der Spitze kein bundesweit bekanntes Spitzenpersonal aufzubauen konnte (Detterbeck, 2011; Korte & Fröhlich, 2009; Marschall, 2023; Von Beyme, 2017).

Einen beständigen regionalen Erfolg konnte hingegen die Partei der Freien Wähler in Bayern verbuchen. Nachdem sie 2008 erstmals in den bayerischen Landtag eingezogen war, setzte sie sich als relevante politische Kraft durch und bildete ab 2013 eine Koalition mit der CSU, was ihren Einfluss auf die bayerische Landespolitik stärkte. Diese regionale Verankerung blieb jedoch auf Bayern beschränkt und führte nicht zu einer vergleichbaren Entwicklung auf Bundesebene (Wurthmann et al., 2024). Wir werden daher im Folgenden nicht detaillierter auf die Partei eingehen.

2013 brachte eine weitere bedeutende Veränderung im Parteiensystem: Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde aus Protest gegen die Eurorettungspolitik der Regierung aus CDU/CSU und FDP gegründet. Bei der Bundestagswahl des selben Jahres erreichte die Partei mit 4,7 Prozent ein respektables Ergebnis, verfehlte jedoch knapp den Einzug in den Bundestag. Ursprünglich stand die AfD für eine EU-kritische und wirtschaftsliberale Position, doch ab 2015, im Zuge der Flüchtlingskrise, verschob sich ihre ideologische Ausrichtung deutlich nach rechts. Die Partei nahm zunehmend nationalistische und rechtspopulistische Positionen ein, was zu Konflikten und Abspaltungen führte. Bei der Bundestagswahl 2017 gelang der AfD schließlich der Einzug in den Bundestag, in den sie als drittstärkste Kraft einzog. Seitdem steht sie jedoch verstärkt im Fokus des Verfassungsschutzes, der einige ihrer Landesverbände ab 2018 beobachtete und die gesamte Partei 2021 als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstuft.

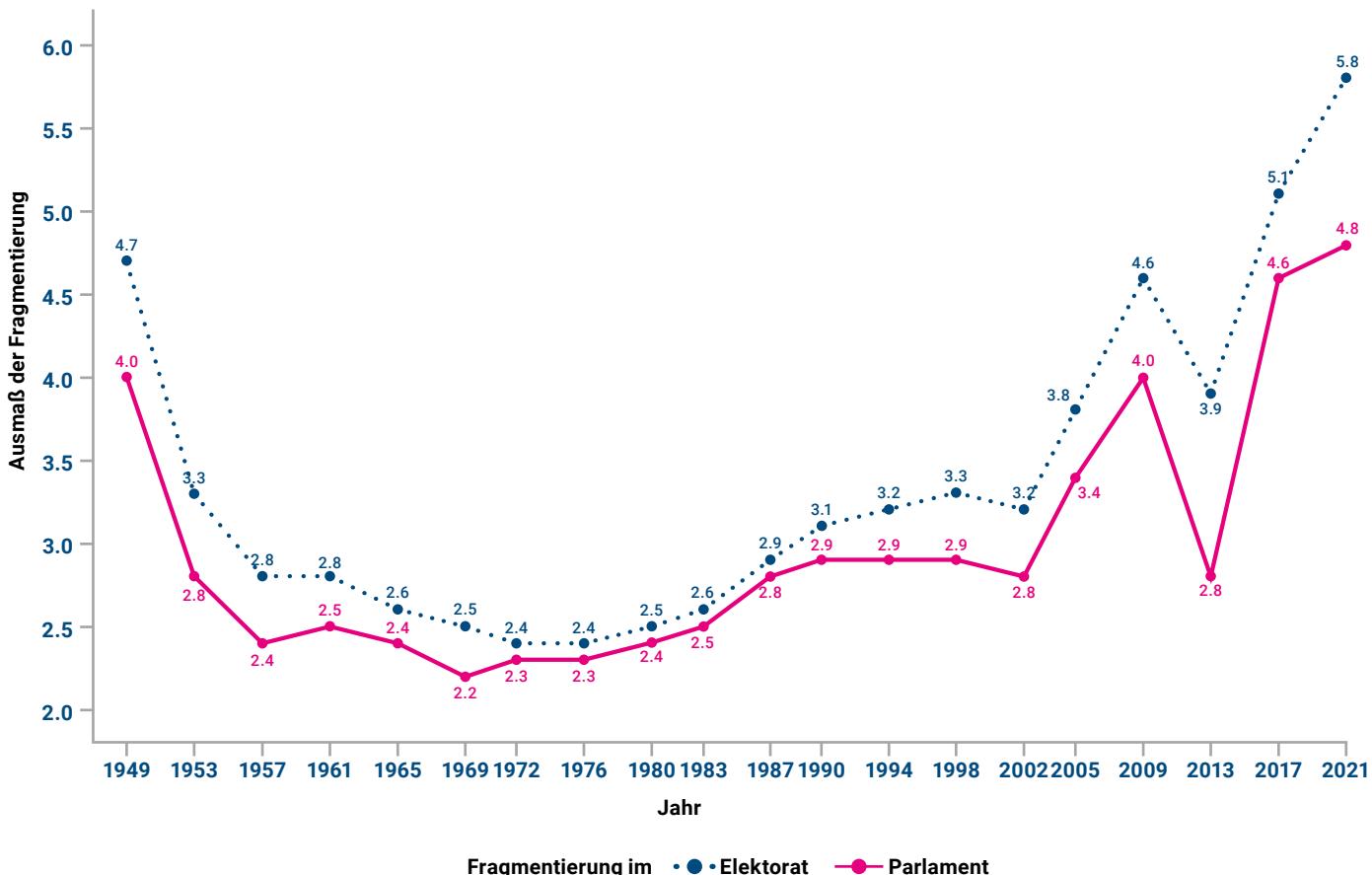
(Böhmer & Weissenbach, 2019; Heinze, 2021; Lewandowsky & Wagner, 2023).

Parallel zu diesen Entwicklungen erlebte die Freie Demokratische Partei (FDP) ebenfalls einen tiefen Einschnitt. Nach ihrem historischen Scheitern bei der Bundestagswahl 2013, bei der sie mit 4,8 Prozent der Stimmen zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und aus dem Bundestag ausschied, begann sie eine intensive Neuaufstellung. Vier Jahre später, bei der Bundestagswahl 2017, schaffte die FDP das Comeback und kehrte in den Bundestag zurück (Höhne & Jun, 2019; Jun, 2023).

Insgesamt führte diese Entwicklung zu einer zunehmenden Fragmentierung, also Zerfaserung des Parteiensystems, was die politischen Konstellationen und die Bildung stabiler Koalitionen anspruchsvoller machte. Neben den etablierten Volksparteien traten neue Akteure wie die AfD, die Freien Wähler und seit 2024 das BSW in Erscheinung, die das politische Spektrum erweiterten und zur Ausdifferenzierung des ideologischen Spektrums im Parteiensettbewerb beigetragen haben (Berbuer et al., 2015; Thomeczek et al., 2024b; Tossen & Pickel, 2022). Dass die politischen Kräfteverhältnisse kleiner und weniger konzentriert geworden sind, zeigen auch entsprechende Daten, anhand derer sich die Fragmentierung von Parteiensys-

temen berechnen lässt – auch in Deutschland. Unterschieden wird dabei in eine Gesamtfragmentierung der Wählerstimmen, also die Fragmentierung im so genannten Elektorat, und eine Fragmentierung der politischen Kräfteverhältnisse im Parlament (Laakso & Taagepera, 1979). Je mehr Stimmen und Mandate wenige Parteien auf sich vereinen, desto geringer fällt die Fragmentierung entsprechend aus. Betrachtet man die Entwicklung von 1949 bis 2021, so wird dabei auch sehr deutlich sichtbar, dass die Fragmentierung der Stimmen des deutschen Elektorats immer höher als die im Parlament ausfällt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Fünf-Prozent-Hürde, die eine Zersplitterung im Deutschen Bundestag verhindern soll. Ebenso zeigt sich eindrücklich, wie besagte Fragmentierung im Rahmen der Konsolidierungsphase zwischen 1949 und 1976 sukzessive gesunken ist. Allerdings zeigt sich seitdem auch ein stärkerer Trend der Ausdifferenzierung mit entsprechender Fragmentierung, die zunächst bis 2009 deutlich angestiegen ist. Der kurzzeitige, gegenläufige Trend für das Jahr 2013 ist besonders durch den seinerzeit beachtlichen Wahlerfolg der CDU/CSU unter Kanzlerin Angela Merkel und dem knappen Scheitern gleich zweier Parteien (AfD, FDP) an der Fünf-Prozent-Hürde zurückzuführen. Bis 2021 steigt die Fragmentierung wieder deutlich an und erreicht 2017 ein erstes Allzeithoch, welches bei der darauffolgenden Wahl noch weiter angestiegen ist (vgl. Abbildung 1).

**Abb. 1 | Fragmentierung in Elektorat und Parlament**



Die wachsende Komplexität der politischen Landschaft verdeutlicht die Erosion traditioneller Wählerbindungen und zeigt, dass viele deutsche Wähler heute offener für neue politische Kräfte sind. Die Entwicklung hin zu einem fragmentierten und polarisierten Parteiensystem spiegelt nicht nur die gesellschaftlichen Veränderungen wider, sondern auch die zunehmende Bereitschaft der Wähler, abseits der traditionellen Parteistrukturen ihre Interessen vertreten zu sehen. Gleichzeitig hat sich durch die Veränderung des deutschen Parteiensystems eine neue, ganz eigene Dynamik zu entfalten begonnen, bei der politische Fliehkräfte freigesetzt worden sind, die sich auch an neueren Entwicklungen illustrieren lassen.

## 2.5 Vor der Neuwahl 2025: BSW als neuer populistischer Herausforderer

Der Gründung des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) geht ein langer politischer Werdegang seiner Namensgeberin voraus. Die 1991 erstmals in den PDS-Parteivorstand gewählte Sahra Wagenknecht hat in den vergangenen drei Jahrzehnten eine beachtliche politische Karriere gemacht. Lange auch in ihrer eigenen Partei an der Übernahme wichtiger Parteiämter gehindert, stieg sie 2015 zur Fraktionsvorsitzenden der 2007 neuen Partei Die Linke auf (Neu, 2021).

2019 schied Wagenknecht, die sich spätestens seit der Flüchtlingskrise von 2015 immer weiter von ihrer Partei entfremdet hatte, auch aufgrund partiointerner Streitigkeiten aus der Partei aus. Im April 2021 legte Wagenknecht mit ihrem Buch „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ einen Text vor, der aus heutiger Sicht nicht nur als Abrechnung mit ihrer Partei und dem deutschen Parteiensystem verstanden werden kann, sondern gleichermaßen als Scheidungspapier zu ihrer Partei, Die Linke. Darin beschreibt Wagenknecht das Repräsentationsdefizit einer linkskonservativen Ausrichtung im deutschen Parteiensystem wie folgt:

*„Wertkonservativ und zugleich links zu sein ist kein Widerspruch. Zugespitzt könnte man ein solches Programm als linkskonservativ bezeichnen, auch wenn dieser Begriff mit dem Risiko lebt, von beiden Seiten abgelehnt zu werden: von denen, die sich als Linke verstehen, weil sie daran gewöhnt sind, im Konservatismus den politischen Gegner zu sehen, und von denen, die aus der konservativen Tradition kommen, weil sie nicht im Traum für möglich halten würden, dass sie zugleich links sein könnten. Die konservativen und die linke Erzählung haben sich immer aus ihrem Gegensatz heraus definiert. Dessen ungeachtet haben erfolgreiche Parteien, nicht zuletzt erfolgreiche sozialdemokratische Parteien, historisch oft genau das gemacht: linkskonservative Politik“*  
*(Wagenknecht, 2022, S. 275)*

Im Oktober 2023 drang schlussendlich an die Öffentlichkeit, dass Sahra Wagenknecht noch einmal einen politischen Wurf wagte: Sie kündigte für Januar 2024 die Gründung einer neuen Partei an: Das „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW). Im Januar 2024 traten Sahra Wa-

genknecht und neun weitere Bundestagsabgeordnete aus der Partei Die Linke aus, wodurch die Partei schlussendlich ihren Fraktionsstatus im Parlament verlor und – wie auch das BSW – einen Status als parlamentarische Gruppe im Bundestag erhielt. Für die Partei Die Linke, die diesen Status schon vor der Bundestagswahl 1998 gehabt hatte, war das keine Neuheit, aber dennoch ein Rückschlag mit einem ungewissen Ausgang. Dem BSW gelang es wiederum im Folgenden nicht nur, erfolgreich seine organisatorische Basis deutlich auszubauen. Im November 2024 hatte die Partei 13 Landesverbände gegründet, hatte mit 6,2 Prozent der Wählerstimmen einen sensationellen Erfolg bei der Europawahl im Juni 2024 erzielt und zog im Herbst desselben Jahres mit Rekordergebnissen als drittstärkste Kraft in die Landtage von Brandenburg, Sachsen und Thüringen ein. Ob die Partei gekommen ist, um zu bleiben, bleibt vorerst offen. Dass sich die disruptiven Momente im deutschen Parteiensystem allerdings häufen, kann wohl kaum noch bestritten werden (Thomeczek, 2024b; Wurthmann & Wagner, 2024).

Das Scheitern des BSW an der Fünf-Prozent-Hürde ist ein Rückschlag für die Partei, ändert aber nichts an der Tatsache, dass es sich hierbei um eine der erfolgreichsten Parteineugründungen nach 1990 handelt. Mit Fraktionen in drei Landesparlamenten und einer Regierungsbeteiligung in Brandenburg und Thüringen bleibt die Partei ein relevanter Akteur.

# 3. Das deutsche Parteiensystem

## 3.1 Zur analytischen Einordnung

Die Einordnung auf einer Links-Rechts-Skala hat sich historisch als effektives Instrument zur Strukturierung und Interpretation politischer Überzeugungen etabliert. Diese Skala dient dazu, politische Positionen übersichtlich darzustellen und macht die Vielfalt ideologischer Ansichten leichter zugänglich (De Vries et al., 2013).

Die Begriffe „links“ und „rechts“ sind dabei jedoch keinesfalls eindeutig definiert und bieten Raum für verschiedene Interpretationen. Für manche Menschen steht „links“ für Werte wie soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, während andere dies stärker im Sinne einer Identitätspolitik interpretieren. „Rechts“ hingegen wird häufig mit traditionellen Werten, einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung und der Ablehnung staatlicher Umverteilung verbunden. Zudem werden „links“ und „rechts“ oft mit bestimmten Parteien in Verbindung gebracht: In Deutschland steht „links“ häufig für die SPD, Bündnis '90/Die Grünen oder Die Linke, während das „rechte“ Spektrum mehr mit CDU, CSU und AfD assoziiert wird (Dippel et al., 2022; Roßteutscher & Scherer, 2013; Scherer & Roßteutscher, 2019).

Diese Vielfalt an möglichen Assoziationen wirkt sich direkt darauf aus, wie Menschen sich selbst auf der Links-Rechts-Skala positionieren. Verschiedene Deutungen von „links“ und „rechts“ können dazu führen, dass Personen mit ähnlichen politischen Überzeugungen unterschiedliche Positionen auf der Skala einnehmen. So verortet sich die gleiche Person anders, wenn sie „links“ eher mit moderaten sozialdemokratischen Ideen assoziiert, als jemand, der „links“ mit radikaleren sozialistischen Vorstellungen verbindet. Diese individuellen Unterschiede in der Interpretation erschweren die Vergleichbarkeit der Selbsteinschätzungen. Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass Merkmale wie Bildung und politisches Interesse Einfluss darauf haben, welche Assoziationen Menschen mit „links“ und „rechts“ verbinden (Bauer et al., 2017). Höher Gebildete neigen dazu, abstraktere Konzepte zu nennen, während Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau häufiger konkrete Parteien oder Themen anführen. Auch regionale Unterschiede sind von Bedeutung: In Ostdeutschland wird „rechts“ stärker mit fremdenfeindlichen Positionen assoziiert, während „links“ vermehrt soziale Werte verkörpert (Norris & Inglehart, 2019).

Trotz dieser Unterschiede bleibt die Links-Rechts-Skala ein zentrales Instrument zur Erfassung politischer Identität und Präferenzen. Sie bietet eine einfache und weithin verständliche Möglichkeit, politische Orientierung darzustellen, auch wenn sie die Vielfalt der politischen Einstellungen in gewisser Weise vereinfacht. Die Herausforderung besteht darin, diese unterschiedlichen Assoziationen im Blick zu behalten, um die Aussagekraft und Vergleichbarkeit der Ergebnisse sicherzustellen. Die Bedeutung von „links“ und „rechts“ wird entscheidend durch individuelle Erfahrungen, Kontext und

sozio-demografische Einflüsse geformt, was die Komplexität politischer Identität in der modernen Forschung wider spiegelt (Dippel et al., 2022).

Im Rahmen fortgeföhrter Expertenbefragungen werden regelmäßig Parteien entlang einer Reihe unterschiedlicher Faktoren wie auch der Links-Rechts-Skala positioniert. Wir nutzen in dieser Studie die Daten des etablierten Chapel Hill Expert Surveys (CHES). Der CHES ist eine Befragung unter Expertinnen und Experten der Parteienforschung, die eine Verortung der Parteien in Europa zum Ziel hat (Jolly et al., 2022). Zur Europawahl 2024 haben wir im Rahmen des GEPARTEE Projekts diese Befragung für Deutschland fortgeführt (Thomeczek et al., 2024b). Damit wollten wir zum einen eine Verortung der Parteien für das Jahr 2024 vornehmen, zum anderen aber auch bislang beim CHES unberücksichtigte Parteien wie das BSW aufnehmen. Durch die Kombination dieser Daten ergibt sich eine Zeitreihe von 1999 bis 2024. Für den Zeitraum vor 1999 liegen leider keine Expertendaten zu Parteipositionen vor. In den folgenden Abbildungen nutzen wir zur Darstellung der Parteipositionen jeweils die Medianpositionierung der befragten Experten. Abbildung 2 illustriert die ideologische Positionierung der wichtigsten deutschen Parteien auf einer Links-Rechts-Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) und zeigt dabei Entwicklungen und Stabilität von 1999 bis 2024. Sie offenbart nicht nur die langfristige politische Ausrichtung der Parteien, sondern verdeutlicht auch deren Wandel im Zeitverlauf. Die AfD wird hierbei durchweg im rechten Spektrum angesiedelt. Wird die Partei 2014 und 2019 noch am Skalenwert 9 verortet, nimmt die Partei im Jahr 2024 den reitesten Skalenwert ein, den die Experten vergeben könnten. Diese Stabilität im extrem rechten Bereich unterstreicht die Ausrichtung der Partei, die sie klar von den anderen Parteien abgrenzt. Erstmalig berücksichtigt wird im Jahr 2024 auch das BSW, welches mit dem Skalenwert 5 eine mittige Position einnimmt. Das BSW besetzt damit eine Art von Mittelposition zwischen liberalen, konservativen und radikal rechten Parteien einerseits sowie sozialdemokratischen, grünen und radikal linken Parteien andererseits. Das unterstreicht die herausfordernde ideologische Verortung der Partei.

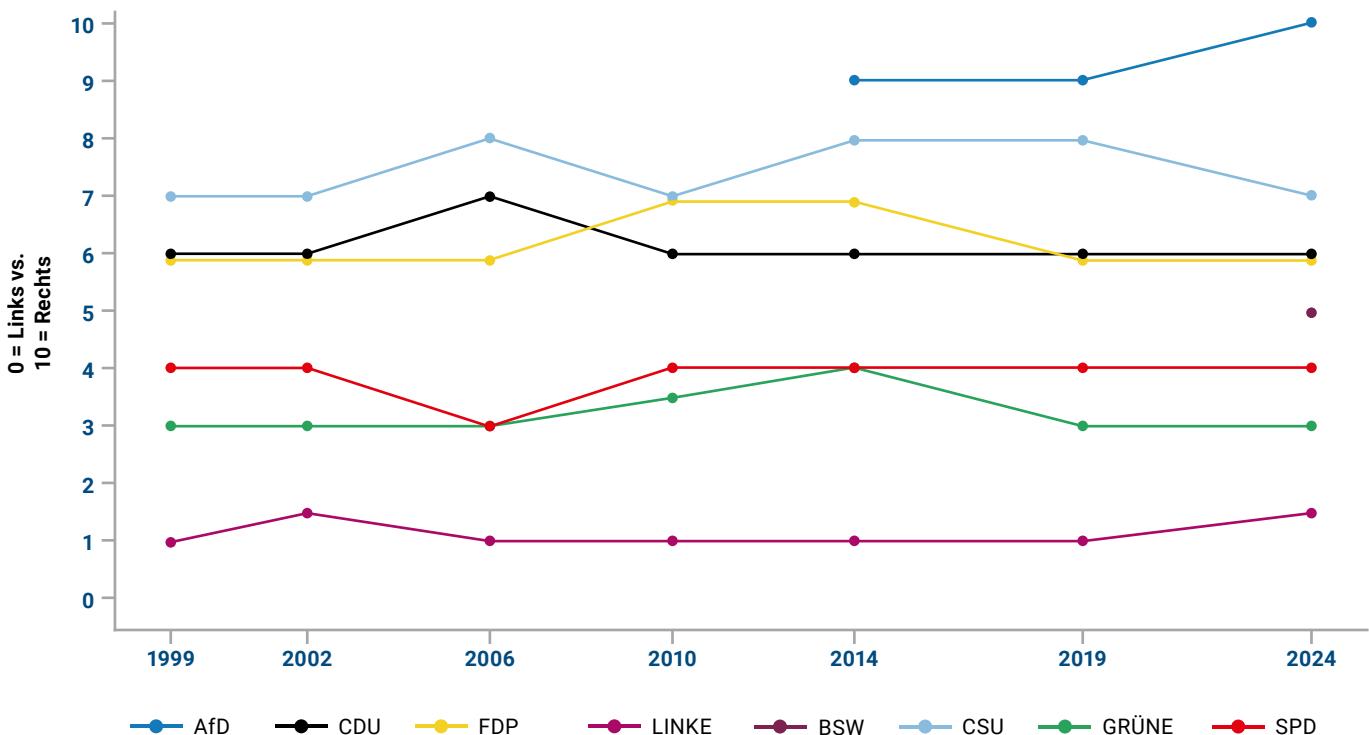
Die CDU wird im Zeitverlauf stabil im mittleren rechten Bereich mit einem konstanten Wert um 6 verortet, also einem Skalpunkt neben der absoluten Mitte (5). Diese Beständigkeit zeigt ihre unverändert mitte-rechts ausgerichtete Position. Rechts von ihr wird die bayerische Schwesterpartei, die CSU, verortet, welche sich über die Jahre hinweg leicht höher im rechten Spektrum bei Werten zwischen 7 und 8 bewegt. Dies spiegelt die im Vergleich zur CDU stärkere konservative Prägung der CSU wider. Auch die liberale FDP ist über die Jahre hinweg konstant im mittleren Bereich mit marginalen Abweichungen zwischen 2010 und 2014 um den Skalenwert 6 verortet. Ihre wirtschaftsliberale Ausrichtung bleibt somit stabil und weist eine ideologische Nähe zur CDU auf, was vermutlich auch ein Grund für diese Verortung durch die Experten ist.

Links der Mitte werden die Grünen im Zeitverlauf konstant im Spektrum der Skalenwerte 3 und 4 verortet, was als Ausdruck einer sozioökonomisch linken und einer als links empfundenen Klimapolitik gedeutet werden kann. Die SPD wird, mit Ausnahme des Jahres 2006, stabil mitte-links am Skalenwert 4 positioniert, was Ausdruck der eher moderaten Parteiposition ist. Die Partei Die Linke wird als radikal linke Partei, wie auch schon der Name nahelegt, folgerichtig mit nur wenig Varianz im sehr linken Spektrum positioniert.

Insgesamt lassen sich mehrere klare Trends erkennen: Die liberal-konservativen Parteien – CSU, CDU und FDP – sind kontinuierlich im mittigen bis mitte-rechts Spektrum verortet,

ohne nennenswerte Schwankungen. Dies weist darauf hin, dass ihre ideologische Ausrichtung im Untersuchungszeitraum der vergangenen 25 Jahre als sehr konstant wahrgenommen wird. Auch im linken Spektrum ist ein hohes Maß an Stabilität hinsichtlich der Parteipositionen zu erkennen: Die Linke bleibt am weitesten links positioniert, gefolgt von den Grünen und der moderateren SPD. Die AfD hat sich seit ihrem Auftreten im Jahr 2013 fest im rechten Spektrum etabliert und wird 2024 am äußerst rechten Rand positioniert. Das neu gegründete BSW stellt mit seiner mittigen Position eine Neuentwicklung dar, die einen ideologisch marginalen Leer Raum auf dieser eindimensionalen Darstellung besetzt (vgl. Abbildung 2).

**Abb. 2 | Links-Rechts-Verortung der Parteien von 1999 bis 2024**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, auf Basis von Jolly et al. (2022) und Thomeczek et al. (2024a).

Zusammengefasst zeigt sich anhand dieser reduzierten Darstellung eine bemerkenswerte Stabilität im deutschen Parteiensystem, was die ideologischen Positionen der etablierten Parteien betrifft. Dennoch hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten für die Partiensysteme Europas zunehmend eine zweidimensionale Darstellung durchgesetzt, bei der in eine sozioökonomische und eine soziokulturelle Dimension unterschieden wird. Auf diese Weise wird eine präzise Verortung von Parteien wie der FDP und des BSW deutlich, die sich in einer eindimensionalen nur unzureichend verorten lassen.

### 3.2 Sozioökonomisch und Soziokulturell: Links und Rechts im zweidimensionalen Raum

Die sozioökonomische Dimension umfasst dabei klassische Verteilungskonflikte, wie sie zwischen Kapital und Arbeit, also

zwischen wirtschaftsliberalen und sozialistischen Positionen, bestehen. Hier geht es beispielsweise um Fragen der Steuer- und Sozialpolitik, der Regulierung des Arbeitsmarktes und der Umverteilung von Ressourcen. Sozioökonomisch links bezieht sich auf Positionen, die eine größere staatliche Intervention zur Förderung sozialer Gerechtigkeit unterstützen. Linke Positionen setzen sich für Umverteilungsmaßnahmen ein, um Einkommens- und Vermögensungleichheiten zu reduzieren, und befürworten oft progressive Steuerstrukturen. Sie fordern den Ausbau des Sozialstaates, einschließlich umfassender Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialleistungen, um eine wirtschaftliche Sicherheit für alle Bürger zu gewährleisten. Auch die stärkere Regulierung von Unternehmen zum Schutz von Arbeitnehmerrechten und zur Begrenzung wirtschaftlicher Macht ist typisch für linke sozioökonomische Positionen. Sozioökonomisch rechts hingegen steht für wirtschaftsliberale Ansätze, die eine geringere staatliche Intervention und eine

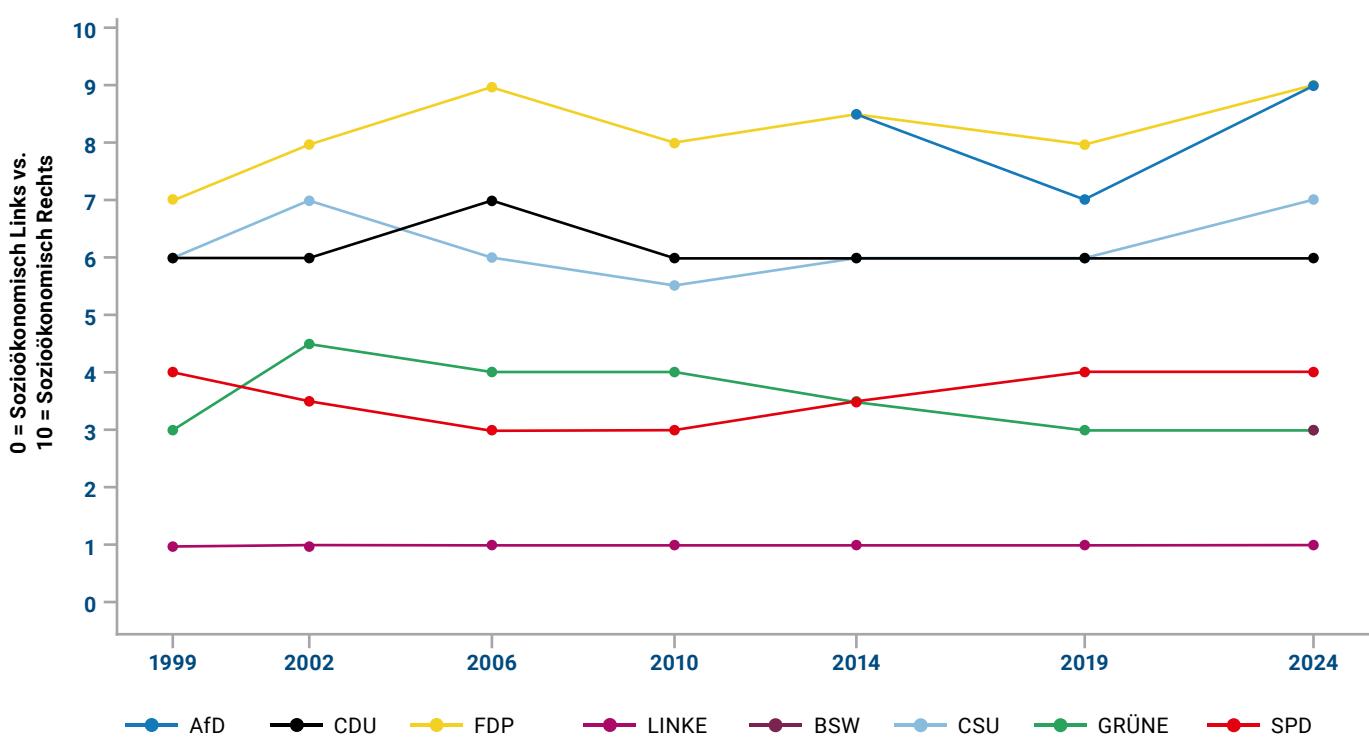
Betonung des freien Marktes propagieren. Rechte Positionen in diesem Sinne legen Wert auf individuelle Verantwortung und sind oft gegen umfassende Umverteilungsmaßnahmen. Deregulierung, Steuersenkungen, insbesondere für Unternehmen und höhere Einkommen, und die Förderung privatwirtschaftlicher Lösungen anstelle öffentlicher Programme sind typische Elemente der rechtsgerichteten sozioökonomischen Orientierung. Diese Positionen argumentieren, dass wirtschaftlicher Wettbewerb und persönliche Eigenverantwortung am besten geeignet sind, Wohlstand und Innovation zu fördern (Dassonneville et al., 2024; Norris & Inglehart, 2019; Wagner et al., 2023).

Die soziokulturelle Dimension hingegen bezieht sich auf Werte- und Identitätsfragen, die in den letzten Jahrzehnten seit der oben bereits diskutierten „Stillen Revolution“ zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Dieser Konflikt erstreckt sich zwischen progressiven und konservativen Positionen und berührt Themen wie Einwanderung, Geschlechterrollen, Umweltbewusstsein und kulturelle Offenheit. Soziokulturell liberal (oder progressiv) bezieht sich auf Einstellungen, die für soziale Offenheit, Diversität und individuelle Freiheit eintreten. Liberale Positionen befürworten Gleichberechtigung und Inklusion und setzen sich für die Rechte von Minderheiten ein, wie LGBTQ\*-Rechte, Geschlechtergerechtigkeit und kulturelle Vielfalt. Sie stehen auch für eine weltoffene Migrationspolitik, ökologische Nachhaltigkeit und progressive Bildungskonzepte, die den individuellen Ausdruck und die soziale Mobilität fördern. Soziokulturell liberale Menschen schätzen die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität sozialer Normen an moderne Entwicklungen und setzen sich oft für gesellschaftliche Reformen ein. Sozio-

kulturell konservativ bezieht sich auf Positionen, die die Bedeutung traditioneller Werte und sozialer Stabilität hervorheben. Konservative Haltungen bevorzugen die Bewahrung bestehender kultureller, religiöser und sozialer Normen und sehen diese als Grundlage einer stabilen Gesellschaft. Ein soziokulturell konservativer Ansatz ist skeptisch gegenüber schnellen gesellschaftlichen Veränderungen und betont die Bedeutung von nationaler Identität, Autorität und Ordnung. Soziokulturell konservative Positionen lehnen häufig die Liberalisierung in Bereichen wie Einwanderung und Geschlechterrollen ab und bevorzugen eine restriktivere Migrationspolitik und klassische Familienstrukturen (Debus, 2022; Debus & Wurthmann, 2024; Jankowski et al., 2022; Pappi et al., 2019).

In der Praxis lässt sich beobachten, dass die soziokulturelle und die ökonomische Dimension stark miteinander korrelieren. Ein Beispiel sind ökologisch-alternative Parteien, die sowohl progressive, ökologische Anliegen auf der soziokulturellen Achse als auch eine egalitäre Verteilungsgesellschaft auf der sozioökonomischen Achse vertreten. Andererseits finden sich auch nationalkonservative Parteien, die konservative Werte betonen und zugleich marktwirtschaftliche Ansätze unterstützen. Dieses Modell hilft, die zunehmend komplexen Konfliktlinien in modernen Parteiensystemen zu verstehen und abzubilden, da es eine präzisere Analyse der Spannungsfelder und Wählerpräferenzen ermöglicht als ein rein eindimensionales Links-Rechts-Spektrum. Dies zeigt sich etwa hinsichtlich der Positionierung der deutschen Parteien entlang der sozioökonomischen Dimension (vgl. Abbildung 3).

**Abb. 3 | Sozioökonomische Verortung der Parteien von 1999 bis 2024**

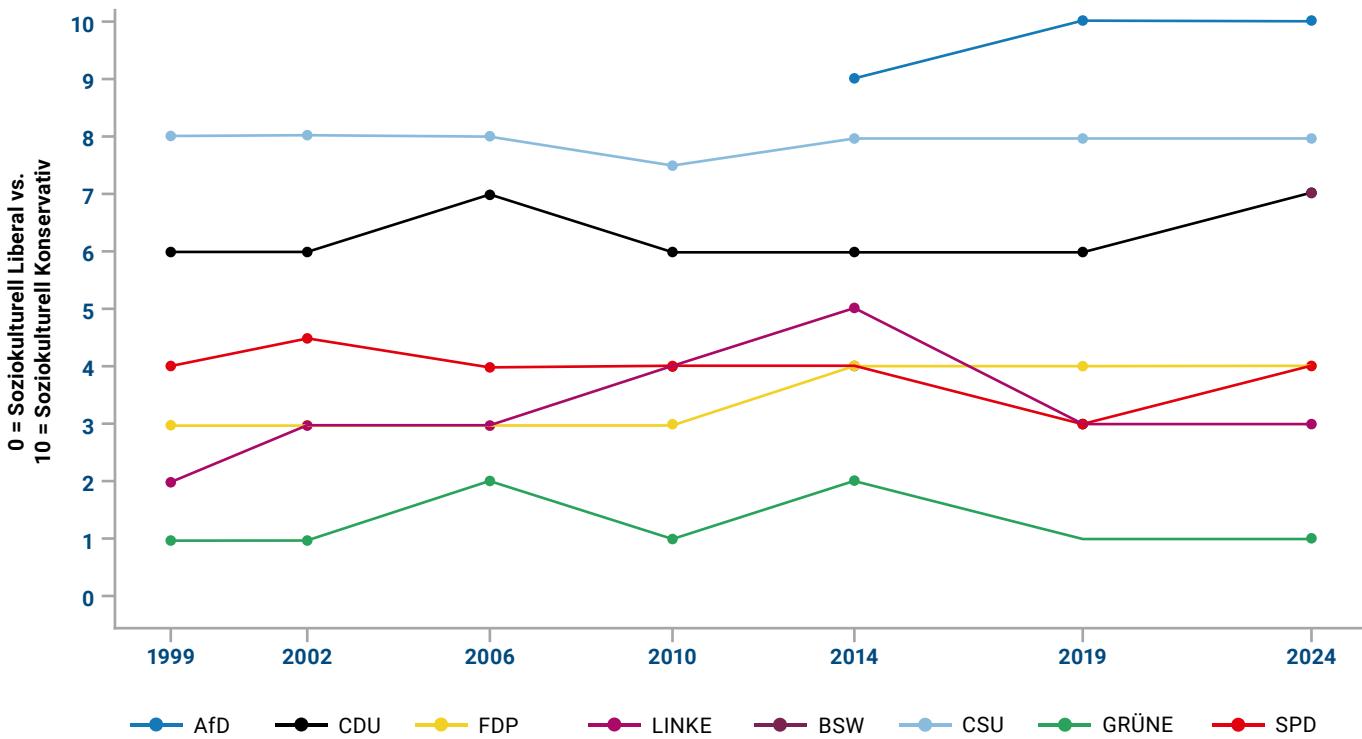


Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, auf Basis von Jolly et al. (2022) und Thomeczek et al. (2024a).

Dabei wird beispielsweise ersichtlich, dass die FDP seit jeher als die sozioökonomisch rechteste und damit wirtschafts- und marktfreundlichste Partei positioniert wurde. Allerdings ist die radikal rechte AfD hier zu einer inhaltlichen Konkurrenz geworden. Ebenfalls interessant ist, dass hier, anders als bei der simplifizierenden Links-Rechts-Positionierung, die CSU keinesfalls sozioökonomisch rechtere Positionen vertritt als etwa die CDU. Auch die Positionen von SPD und Grünen sind, wenn man beide Parteien miteinander vergleicht, wechselseitig vertauscht.

hafte als aus einer eindimensionalen Darstellung abzulesen wäre. Das 2024 neu gegründete BSW wird darüber hinaus in seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen ähnlich wie die Grünen verortet. Die Linke wiederum wird ohne jeden Zweifel als sozioökonomisch linke Partei positioniert. Besonders sichtbar werden räumliche Unterschiede zu einer vereinfachten Links-Rechts-Dimension, wenn die spezifische Ausgestaltung nach einer soziokulturellen Dimension Berücksichtigung findet (vgl. Abbildung 4).

**Abb. 4 | Soziokulturelle Verortung der Parteien von 1999 bis 2024**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, auf Basis von Jolly et al. (2022) und Thomeczek et al. (2024a).

Mehrere Aspekte sind dabei hervorzuheben. Zum einen nehmen die Grünen in diesem Fall die Position der gesellschaftspolitisch liberalsten Partei ein. FDP, Die Linke und die SPD wechseln sich im Zeitverlauf in der Rolle der zweitprogressivsten Kraft ab. Besonders Die Linke zeigt dabei eine stark schwankende Entwicklung – insgesamt ist hier deutlich mehr Bewegung in den Parteidimensionen als bei anderen Parteien erkennbar. Die CSU vertritt eine klar konservativere Haltung als die CDU, während das 2024 neu gegründete BSW ebenso konservativ wie die CDU eingeordnet wurde. Die AfD steht, wie auch in der eindimensionalen Darstellung, am rechten Rand des politischen Spektrums.

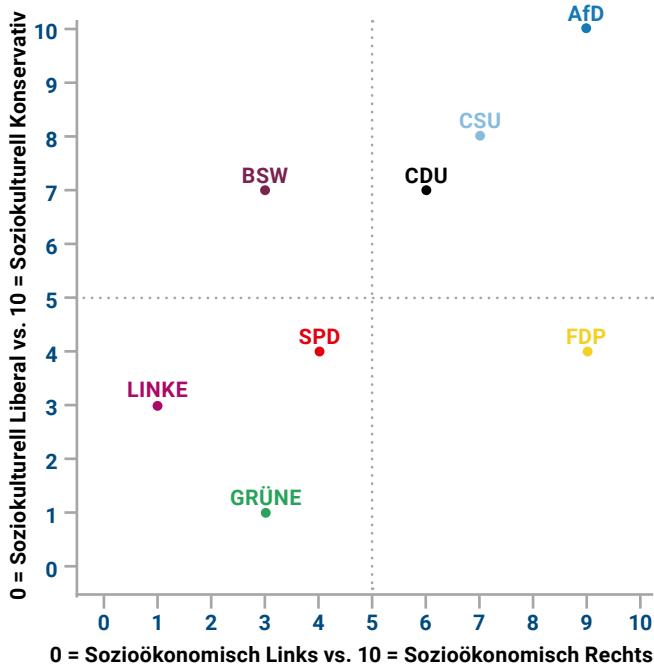
### 3.3 Das deutsche Parteiensystem 2024

Kombiniert man nun die sozioökonomische und soziokulturelle Achse, ergibt sich eine zweidimensionale Verortung der Parteien, aus denen sich vier Quadranten ableiten lassen, die den Parteidimensionen in Deutschland analytisch erfassen: (I) sozioökonomisch linke und soziokulturell rechte Positio-

nen, (II) sozioökonomisch rechte und soziokulturell rechte Positionen, (III) sozioökonomisch rechte und soziokulturell linke Positionen sowie (IV) sozioökonomisch linke und soziokulturell linke Positionen (vgl. Abbildung 5).

- I. Sozioökonomisch linke und soziokulturell rechte Positionen werden im deutschen Parteidimensionen nur von wenigen Parteien prominent vertreten. Sahra Wagenknecht selbst identifizierte diesen Quadranten – häufig auch als „linkskonservatives“ Spektrum bezeichnet – als politisch unterrepräsentiert. Hier positioniert sich das neu gegründete BSW, das eine wirtschaftliche Umverteilung und den Ausbau des Sozialstaates anstrebt, jedoch konservative Werte und eine kritische Haltung gegenüber kultureller Liberalisierung betont. Diese Positionierung richtet sich an Wählerschichten, die einerseits auf soziale Sicherheit und ökonomische Unterstützung setzen, andererseits aber Wert auf Tradition und kulturelle Stabilität legen.

**Abb. 5 | Das deutsche Parteiensystem vor der Europawahl 2024**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, auf Basis von Jolly et al. (2022) und Thomeczek et al. (2024a).

- II.** Sozioökonomisch rechte und soziokulturell rechte Positionen finden sich hauptsächlich bei der AfD. Diese Partei vertritt eine marktwirtschaftliche Ausrichtung und betont zugleich stark nationalistische und konservative Werte. Diese Positionierung kombiniert wirtschaftsliberale Ansätze mit einer ausgeprägten Betonung auf nationaler Identität und traditionellen sozialen Normen, wodurch die AfD am rechten Rand des politischen Spektrums verortet ist. Etwas moderater, jedoch ebenfalls in diesem Quadranten verortet, befinden sich CDU und CSU in diesem Quadranten. Die CSU wird dabei tendenziell als die konservativeren der beiden Schwesternparteien eingestuft und legt besonderen Wert auf regionale und nationale Identität.
- III.** Sozioökonomisch rechte und soziokulturell linke Positionen charakterisieren vor allem die FDP, die wirtschaftsliberale Politik mit einer progressiven Haltung in gesellschaftlichen Fragen verbindet. Sie nimmt damit eine spiegelbildliche Sonderposition zum BSW ein und durchbricht den typischen Zusammenhang zwischen Positionen auf den beiden Achsen. Die FDP fördert marktorientierte Lösungen und eine Reduzierung staatlicher Eingriffe, setzt sich jedoch zugleich für individuelle Freiheit und soziale Offenheit ein, vereint aber gleichzeitig auch eher konservative Positionen, zum Beispiel bezüglich der Begrenzung der Migration. Diese Positionierung spricht Wähler an, die ökonomische Eigenverantwortung schätzen, jedoch eine offene und liberale Gesellschaft bevorzugen, in der kulturelle Vielfalt und individuelle Freiheiten betont werden.

**IV.** Sozioökonomisch linke und soziokulturell linke Positionen werden vor allem durch die Grünen und Die Linke repräsentiert, die beide für eine soziale Umverteilung und progressive gesellschaftliche Werte eintreten. Die Grünen stehen dabei besonders stark für ökologische und soziale Gerechtigkeit, während Die Linke in wirtschaftlichen Fragen oft radikale Umverteilungsforderungen erhebt und in bestimmten Aspekten konservativere Tendenzen aufweist. Auch die SPD bewegt sich in diesem Quadranten, verfolgt jedoch eine gemäßigte und pragmatische Ausrichtung, die sie näher zur Mitte der linken Parteienlandschaft rückt und ihre Rolle als Volkspartei stärkt.

Zusammengefasst zeigt diese zweidimensionale Betrachtung eine klare Differenzierung der Parteien in Deutschland entlang soziokonomischer und soziokultureller Konfliktlinien. Die Kombination dieser beiden Dimensionen ermöglicht eine differenzierte Analyse der ideologischen Spannungsfelder und Wählermobilisierungspotenziale im deutschen Parteiensystem und trägt dazu bei, den Wettbewerb zwischen den Parteien präziser einzuordnen. Diese zweidimensionale Perspektive bietet damit eine umfassendere Grundlage, um die politische Landschaft und die Dynamiken des deutschen Parteispektrums besser zu verstehen.

Die soziokonomische Dimension fasst, wie bereits diskutiert, eine Vielzahl wirtschafts- und sozialpolitischer Themen zusammen. Insgesamt zeigt sich dabei eine starke Korrelation zwischen den verschiedenen Politikfeldern: Wer beispielsweise Umverteilung befürwortet, spricht sich in der Regel auch für starke staatliche Eingriffe in die Wirtschaft aus (Thomeczek et al., 2024a). Eine Ausnahme bildet jedoch das Thema Freihandel.

Freihandel steht für den uneingeschränkten Austausch von Gütern und Dienstleistungen zwischen Ländern, ohne Zölle, Importquoten oder andere Handelsbarrieren. Freihandel basiert auf dem Credo, dass Länder von offenen Märkten profitieren, indem sie sich auf jene Produkte spezialisieren, die sie besonders effizient und kostengünstig herstellen können. Befürworter des Freihandels argumentieren, dass offene Märkte langfristig zu Wohlstandsgewinnen und niedrigeren Preisen für Konsumenten führen. Protektionismus wiederum verfolgt das Ziel, die inländische Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Dies geschieht durch Maßnahmen wie Zölle, Subventionen oder Importbeschränkungen. Der Gedanke hinter Protektionismus ist, dass der Schutz der heimischen Märkte Arbeitsplätze sichert, soziale Stabilität fördert und wichtige Industrien bewahrt, die durch internationalen Wettbewerb unter Druck geraten könnten. Protektionismus wird häufig eingesetzt, um junge Industrien zu unterstützen, Krisenzeiten zu überstehen oder das Risiko einer übermäßigen Abhängigkeit von anderen Ländern zu reduzieren. Donald Trump verfolgt beispielsweise in den USA aktuell eine stark protektionistische Politik.

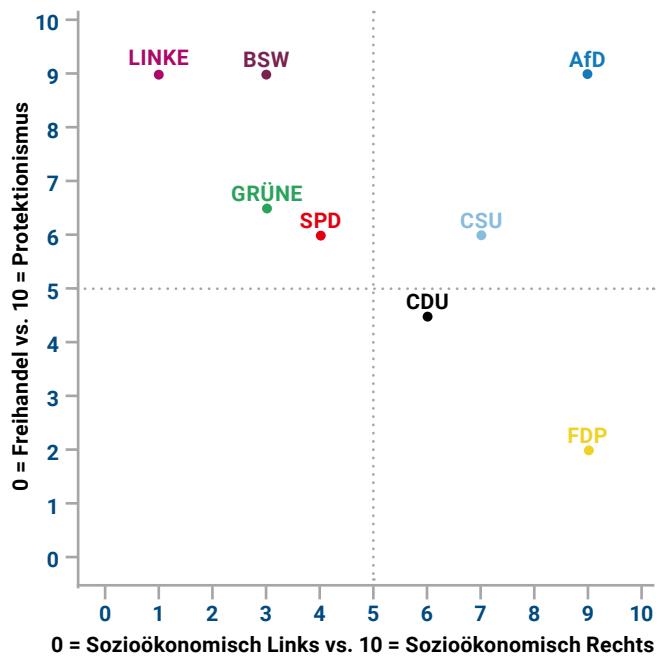
Durch die Verknüpfung der Freihandel-Protektionismus-Debatte mit der soziokonomischen Links-Rechts-Dimension erhalten wir ein differenziertes Bild darüber, welche Werte und Interessen hinter den jeweiligen Positionen stehen. Diese

zweidimensionale Perspektive hilft uns, die Komplexität der Positionen zu verstehen.

Die Betrachtung zeigt, dass es innerhalb der Freihandels- und Protektionismusdebatte unterschiedliche ideologische Strömungen gibt. So können sozioökonomisch linke Parteien grundsätzlich Freihandel befürworten, wenn er durch soziale und ökologische Standards ergänzt wird. Ebenso unterstützen sozioökonomisch rechte Parteien gelegentlich protektionistische Maßnahmen, um nationale Industrien und Arbeitsplätze zu schützen. Die zweidimensionale Analyse verdeutlicht die Spannungsfelder zwischen sozialen Sicherheitsinteressen und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit. Diese Spannung prägt den Parteienwettbewerb und die ideologischen Konflikte in der Wirtschaftspolitik, da Parteien oft unterschiedliche Schwerpunkte entlang der sozioökonomischen Dimension setzen.

Wie werden die deutschen Parteien in dieser zweidimensionalen Betrachtung eingeordnet? Die Linke und das BSW sind im linken oberen Quadranten positioniert, was auf ihre sozioökonomisch linke und protektionistische Ausrichtung hinweist. Beide Parteien vertreten eine Politik, die soziale Umverteilung und den Schutz der heimischen Wirtschaft in den Vordergrund stellt. Die Grünen und die SPD befinden sich ebenfalls links der sozioökonomischen Achse, jedoch dem Freihandel etwas positiver gegenüber eingestellt als Die Linke und das BSW. Die CDU liegt nahe dem Zentrum beider Achsen und zeigt damit eine moderate, mittige Position, sowohl in Bezug auf Freihandel und Protektionismus als auch auf die sozioökonomische Dimension. Die CSU ist ähnlich wie die CDU positioniert, jedoch leicht protektionistischer und sozioökonomisch etwas weiter rechts. Dies unterstreicht ihre konservativeren Ausrichtung und ihren stärkeren Fokus auf den Schutz nationaler Interessen. Die AfD wiederum nimmt eine stark rechte und protektionistische Position ein. Die Partei befürwortet marktwirtschaftliche Prinzipien, kombiniert mit einer nationalistischen, dem Freihandel gegenüber ablehnenden Haltung. Die FDP hingegen ist die, neben der AfD, am weitesten sozioökonomisch rechts und gleichzeitig am stärksten freihandelsorientierte Partei in der vorliegenden Darstellung. Sie steht für wirtschaftsliberale und international offene Positionen und lehnt protektionistische Maßnahmen konsequent ab (vgl. Abbildung 6).

**Abb. 6 | Parteipositionen bezüglich Freihandel**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, auf Basis von Jolly et al. (2022) und Thomeczek et al. (2024a).

Insgesamt hilft die zweidimensionale Analyse also, die Debatte über Freihandel und Protektionismus besser zu verstehen, indem sie die sozioökonomischen und ideologischen Hintergründe dieser Positionen aufzeigt. Sie macht deutlich, dass diese Debatte nicht nur eine Frage der Wirtschaftspolitik ist, sondern auch von sozialen und politischen Überzeugungen geprägt wird.

# 4. Populismus und das deutsche Parteiensystem

Seit Ende der 1980er Jahre konnten sich populistische Parteien zunehmend in westeuropäischen Parteiensystemen etablieren. Diese Entwicklung begann in Österreich und der Schweiz mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Beide Parteien waren keineswegs neu gegründet worden, sondern von zwei charismatischen populistischen Führungsfiguren, nämlich Jörg Haider (FPÖ) und Christoph Blocher (SVP), maßgeblich auf den bis heute anhaltenden rechtspopulistischen Kurs gebracht worden (Albertazzi & McDonnell, 2015). Der Erfolg dieser Strategien (die FPÖ konnte sich als „dritte Kraft“ langfristig etablieren, die SVP ist seit 1999 immer stärkste Partei bei Wahlen gewesen) hat zahlreiche Nachahmer in den 1990ern und 2000ern gefunden, wie beispielsweise Geert Wilders (PVV) in den Niederlanden, die Schwedendemokraten (SD), Victor Orbans Fidesz-Partei aus Ungarn und aus jüngster Vergangenheit Melonis Fratelli d’Italia (FdI).

Deutschland war lange ein Ausnahmefall und gehörte zu den wenigsten Ländern in Europa ohne rechtspopulistische Partei im Parlament. Zwar hatten in den 1990ern rechtspopulistische Parteien wie die Republikaner oder die DVU regionale Erfolge bei Landtagswahlen, haben aber nie den Sprung in den Bundestag geschafft. Der Prozess dieser Angleichung an den europäischen Gesamtrend begann 2013 mit der Gründung der Alternativen für Deutschland (AfD). Das Attribut „populistisch“ wurde bereits relativ früh vergeben (Arzheimer, 2015) und war in der Forschung nicht umstritten. Die Partei war jedoch nicht seit Beginn an auch rechtspopulistisch. Konsens besteht darüber, dass man den Führungswechsel auf dem Essener Parteitag 2015 als Moment betrachtet, der fortan eine Einstufung als rechtspopulistische Partei rechtfertigte (Rooduijn et al., 2023). Ab 2017 war mit der AfD also erstmals eine rechtspopulistische Partei im Bundestag vertreten.

Ein besonderes Merkmal des Populismus ist seine chameleonartige Eigenschaft, sich an verschiedene politische Umgebungen anzupassen (Taggart, 2000). Das bedeutet im Umkehrschluss, dass in der populistischen Parteiensfamilie nicht nur rechte Parteien beheimatet sind. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise Ende der 2000er Jahre konnten linkspopulistische Parteien wie die frisch gegründete deutsche Partei Die Linke, die griechische Syriza des ehemaligen Ministerpräsidenten Tsipras oder Podemos in Spanien beachtliche elektorale Erfolge erzielen (Kriesi & Pappas, 2015). Hinzu gesellen sich Parteien, die sich im Parteienspektrum weder klassisch links noch rechts verorten lassen. Das Paradebeispiel bildet hier die italienische Movimento 5 Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung), die verschiedene, teils gegensätzliche Positionen mit einer stark populistischen Ansprache kombiniert. Zu dieser Kategorie gehören aber auch einige Parteien aus mittel- und osteuropäischen Staaten wie ANO in Tschechien, die Partei von Andrej Babiš, oder SMER in der Slowakei (Rooduijn et al., 2023).

## 4.1 Populismus definieren

Bei Betrachtung dieser sehr diversen populistischen Parteiensfamilie stellt sich die Frage nach den verbindenden Elementen. Was also ist Populismus? In der politikwissenschaftlichen Forschung hat sich in den letzten Jahren zunehmend der sogenannte ideelle Ansatz in der Populismusforschung etabliert, der maßgeblich durch Forscher wie Margaret Canovan (Canovan, 2002), Cas Mudde, Cristobal Rovira Kaltwasser (Mudde & Rovira Kaltwasser, 2013) und Kirk Hawkins (Hawkins et al., 2018) geprägt wurde. Der ideelle Ansatz definiert Populismus zunächst, eher abstrakt, als ein „Ideenset“ (Hawkins & Kaltwasser, 2018). Populismus ist demnach eine Kombination von bestimmten Ideen und Vorstellungen von Politik; eine bestimmte Art der Betrachtung politischer Konflikte. Im Zentrum dieser Ideen stehen zwei Konzepte: die Elite und die Bevölkerung (Canovan, 2002; Mudde & Rovira Kaltwasser, 2013). Letztere wird in der englischsprachigen Forschung mit „the people“ bezeichnet. Hier stehen deutsche Übersetzungen vor dem Problem, dass die Übersetzung mit „Volk“ eher als rechts konnotiert verstanden wird (Meijers & Van Der Velden, 2022), aber „Bevölkerung“ zu neutral wirkt. Eine weitere Übersetzungsmöglichkeit, die jedoch auch mit einer spezifischen Interpretation einhergeht, kann auch „die (einfachen, normalen, kleinen) Leute“ sein. Populisten haben gemein, dass sie sich uneingeschränkt auf die Seite dieser Gruppe stellen und sie als homogen betrachten. Politik soll demnach ein Ausdruck des Willens der Bevölkerung sein – nicht-populistische Parteien oder Politiker würden wohl bereit anstreben, dass solch ein singulärer Wille überhaupt existiert.

Populismus propagiert ein stark antagonistisches Weltbild (Mudde & Rovira Kaltwasser, 2013). Auf der anderen Seite steht „die Elite“ oder „das Establishment“, die von Populisten als korrupt, gierig und auf den eigenen Vorteil bedacht beschrieben wird. Zur Elite können verschiedene Gruppen, basierend auf ihrer Macht, gezählt werden; typischerweise werden aber politische, wirtschaftliche, kulturelle oder mediale Eliten kritisiert. Populisten sind also dezidiert anti-elitär und wollen die Macht der Elite einschränken. Damit kristallisiert sich ein dritter Bezugspunkt heraus, der sich aus dem Spannungsverhältnis der (homogenen) Bevölkerung und „der Elite“ ergibt: die Volkssouveränität. Die Volkssouveränität soll möglichst uneingeschränkt durchgesetzt werden, liberal-demokratische Institutionen gelten hierbei als Hindernis. Hieraus ergibt sich die häufig beobachtete Präferenz populistischer Parteien für direkte Demokratie.

In der vorliegenden Studie definieren wir eine Partei als populistische, die regelmäßig populistische Rhetorik, welche sich um den Antagonismus zwischen (homogener) Bevölkerung und der Elite dreht, einsetzt. Eng damit verbunden ist das Konzept der Volkssouveränität, was sich häufig durch Forderungen nach mehr direkter Einflussnahme der Bevölkerung

und in einer Beschränkung der Macht der politischen und gesellschaftlichen Elite niederschlägt. Der regelmäßige Einsatz populistischer Rhetorik über längere Zeiträume hinweg ist also grundlegend für die Klassifikation als populistische Partei. Umgekehrt ist aber nicht jede Partei oder jede Politikerin populistisch, wenn sie eine populistische Aussage trifft. Es muss also eine gewisse zeitliche und räumliche Kontinuität bezüglich populistischer Rhetorik vorhanden sein (van Kessel, 2014).

## 4.2 Populistische Parteien in Deutschland

Wie bereits oben erwähnt, war vor 2017 keine rechtspopulistische Partei im deutschen Bundestag vertreten. Von 1990 bis 2017 war jedoch erst mit der PDS und dann mit Die Linke eine linkspopulistische Partei im Bundestag mit Sitzen vertreten. Damit gehört Deutschland zu den wenigen Ländern mit einer langfristig etablierten linkspopulistischen Partei. Allerdings ist hierzu die besondere Geschichte der PDS zu beachten (Hartleb, 2004). Erstens ist die PDS als Spezialfall zu sehen, der nach der Wiedervereinigung als SED-Nachfolge die politische Bühne betrat. Der Populismus der PDS hatte im Laufe der 1990er Jahre eine dezidiert ostdeutsche Prägung angenommen. Die PDS kritisierte vor allem westdeutsche Eliten aus Politik und Wirtschaft (und die Verbindung der beiden), während sie sich als starke Stimme der ostdeutschen Bevölkerung verstand. Zweitens war die PDS eine in sich bezüglich ihrer Radikalität ambivalente Partei mit verschiedenen Flügeln. Diese Dynamik hat mit der Gründung der Linken noch weiter zugenommen (Hough & Koß, 2009). Zwar hatte Die Linke zweifelsohne immer populistische Politikerinnen und Politiker wie Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi in ihren Reihen, war aber in ihrer Außendarstellung zunehmend heterogener, so dass in der Forschung umstritten ist, ob Die Linke überhaupt noch als populistische Partei bezeichnet werden kann (Rooduijn et al. 2023).

Als zweite populistische Partei betrat die AfD 2013 die politische Bühne. Sie nutzte bereits 2013 in ihrem vierseitigen Wahlprogramm an etlichen Stellen populistische Rhetorik. Sie wollte sich vor allem für die (homogen interpretierte) Gruppe der Steuerzahler einsetzen und übte bereits pauschalisierte Kritik an der Parteielite in Deutschland und der EU. Seit 2015 wird diese populistische Sprache stark durch nationalistische Elemente „eingefärbt“. Keine andere Partei versucht den Begriff „Volk“ so sehr zu besetzen wie die AfD, indem sie definiert, wer zum deutschen Volk gehört und wer nicht. Ein weiterer umkämpfter Begriff ist die Souveränität, sowohl Deutschlands innerhalb der EU als auch in Form der Volksouveränität. Um dem Rechnung zu tragen, intendiert die AfD beispielsweise die Einführung direktdemokratischer Elemente nach Schweizer Vorbild (etwas, was weder Linke noch PDS übrigens jemals gefordert haben). Die Elitenkritik hat spätestens seit 2017 eine Intensität angenommen, die bis dato bei anderen Bundestagsparteien in Deutschland nie zuvor beobachtet wurde. Stark im Fokus steht dabei die politische Elite, exemplarisch durch den Begriff der „Altparteien“ oder auch „politische Kaste/Klasse“. Diese wird kombiniert mit einer delegitimierenden Kritik an der Bundesregierung, sowohl unter Angela Merkel als auch unter Olaf Scholz.

Seit Januar 2024 gibt es mit dem BSW eine neue Partei in Deutschland, die bereits wenige Monate nach Gründung eine Reihe außerordentlicher Erfolge vorweisen kann. Bereits im ersten Parteiprogramm des BSW findet sich eine Reihe an Elementen, die kennzeichnend für populistische Kommunikation sind (Thomeczek, 2024a). Insbesondere bemüht die Partei einen konstruierten Gegensatz zwischen den arbeitenden Leistungsträgern der Bevölkerung und einer davon abgehobenen politischen Elite. Das BSW kritisiert vor allem eine Verflechtung eben dieser politischen Eliten mit jenen aus dem wirtschaftlichen Sektor. Den (anderen) Parteien wird vorgeworfen, dass sie ihrer Repräsentationsaufgabe nicht nachkommen würden. Politiker hätten lange die Wünsche von „einflussreichen Lobbyisten“ erfüllt. Die ökonomische Elite wird vor allem in Form amerikanischer Großkonzerne kritisiert. „Digitalmonopolisten“ wie Apple, Facebook oder Google wird vorgeworfen, Demokratie und Marktregeln zu untergraben. Explizit werden auch Umverteilungsfragen in Form von populistischer Rhetorik adressiert: Zu lange hätte Umverteilung nur von der „fleißigen Bevölkerung“ in Richtung der „oberen Zehntausend“ funktioniert und „sehr reiche Privatpersonen“ und Konzerne sich ihres Beitrags zur Finanzierung des Gemeinwohls entzogen. Es ist keinesfalls überraschend, dass sich diese Rhetorik stark im ersten BSW-Parteiprogramm niederschlägt, da diese von Wagenknecht bereits während ihrer Zeit als Linken-Abgeordnete regelmäßig bedient wurde.

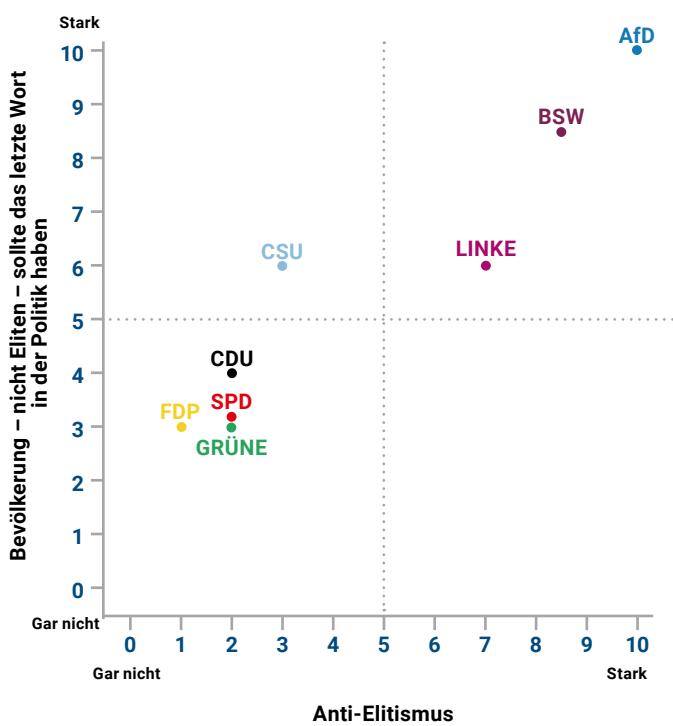
## 4.3 Wie populistisch sind die deutschen Parteien?

Im Rahmen der oben genannten GEPARTEE-Befragungen unter Expertinnen und Experten der deutschen Parteienforschung wurden auch zwei Fragen gestellt, die zur Messung des Populismusgrads herangezogen werden können. Diese zwei Fragen umfassen die Positionierung der Parteien hinsichtlich der Fokussierung auf eine homogene Bevölkerung bzw. Volkssouveränität und Anti-Elitarismus.

Die Einordnung der Parteien ist in Abbildung 7 dargestellt. Zunächst ist eine starke Korrelation der beiden Achsen erkennbar: Parteien, die stärker das eine Element unterstützen, nehmen in der Regel auch höhere Werte auf der anderen Ebene ein. Aus der Kombination von Werten, die größer als der Mittelpunkt der Skalen (5) ist, ergibt sich der „populistische Quadrant“ (rechts oben), in dem Parteien verortet sind, die also beiden Elemente zustimmen. Die drei genannten Parteien AfD, BSW und Linke finden sich hier wieder. Erkennbar sind aber auch deutliche Unterschiede im Populismusgrad. Die AfD ist auf den jeweiligen Maximalwerten positioniert, das BSW folgt jeweils dahinter. Die Linke wird hingegen nur relativ knapp mit den Werten 6 und 7 über den Mittelpunkten der Skalen verortet. FDP, Grüne, SPD und CDU sind hierzu spiegelbildlich verortet und nehmen jeweils Werte unterhalb der Skalenmittelpunkte ein, die den nicht-populistischen Quadranten bilden. Die CSU weicht insofern davon ab, als dass die Befragten sie jenseits der Mittelpunkte auf der Volkssouveränitäts-Skala verorten, jedoch eindeutig nicht als anti-elitär. Um nun aus beiden Variablen eine Populismus-Skala zu bilden, folgen wir den Empfehlungen der Fachliteratur und wen-

den ein sogenanntes konditionales Verrechnungsverfahren an (Bernhard & Chueri, 2024). Hierzu wird der kleinere Wert der beiden Variablen herangezogen: Der Populismusgrad einer Partei ist also bestimmt durch den jeweils niedrigeren Wert der beiden Variablen. Das hat zum Hintergrund, dass so gewährleistet ist, dass eine Partei auf beiden Dimensionen einen hohen Wert einnehmen muss, um als populistisch zu gelten (sich diese also nicht gegenseitig ausgleichen können). Hat eine Partei auf der einen Dimension den Wert 1 und auf der anderen Dimension den Wert 5, so ergibt sich ein Populismusgrad von 1. Wie in Abbildung 7 erkennbar, macht dies für AfD und BSW jedoch keinen Unterschied, da die Parteien jeweils identische Werte auf den beiden Variablen einnehmen.

**Abb. 7 | Ausprägung populistischer Merkmale der deutschen Parteien**

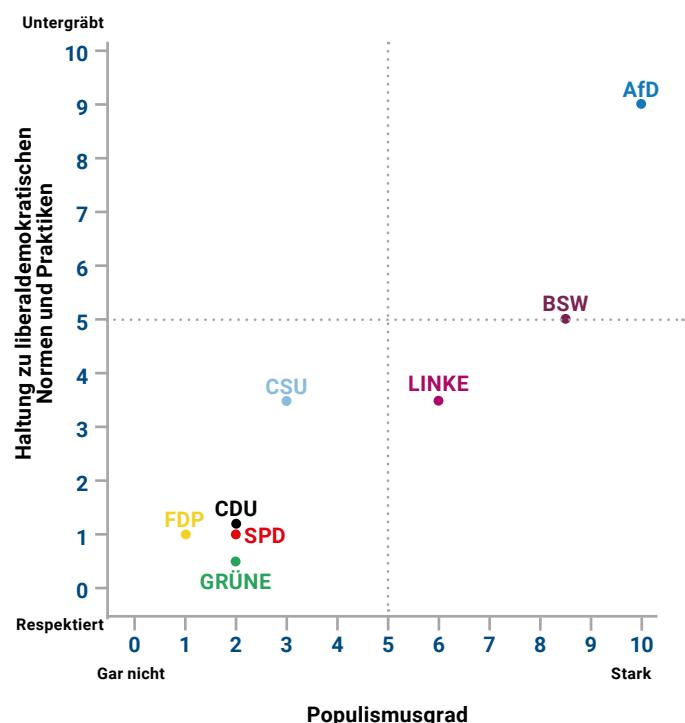


Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, auf Basis von Jolly et al. (2022) und Thomeczek et al. (2024a).

Mithilfe der nun gebildeten Populismus-Skala lassen sich weitere Analysen durchführen. Wie bereits oben erwähnt, ist sich die politikwissenschaftliche Forschung dahingehend einig, Populismus als Herausforderung für die liberale Demokratie anzusehen. Auch zur Unterstützung liberaldemokratischer Normen und Werte findet sich in GEPARTEE eine Variable. Abbildung 8 zeigt den Zusammenhang zwischen dieser Variablen und der Populismus-Skala. Auch hier ist ein Zusammenhang erkennbar: Je populistischer eine Partei, umso größer wird die Ablehnung liberaldemokratischer Normen und Werte angesehen. Jedoch lassen sich qualitative Unterschiede feststellen. Als einzige Partei, die liberaldemokratische Werte und Normen unterminiert, wird die AfD angesehen. Das BSW ist hier exakt auf dem Mittelpunkt der Skala verortet, möglicherweise legen sich viele Expertinnen und Experten aufgrund des

noch jungen Alters noch nicht eindeutig fest. Die Linke wird hier unterhalb des Mittelpunktes verortet, also als Unterstützung der liberaldemokratischen Werte, ebenso wie alle anderen Parteien.

**Abb. 8 | Populismusgrad und Unterstützung liberaldemokratischer Normen und Werte der deutschen Parteien**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, auf Basis von Jolly et al. (2022) und Thomeczek et al. (2024a).

## 4.4 Populismus unter Wählerinnen und Wählern

Seit ungefähr zehn Jahren debattiert die Forschung zunehmend, wie sich die Unterstützung populistischer Ideen auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler messen lässt. Diese wird unter dem Obergriff der populistischen Einstellungen zusammengefasst. Eine inzwischen weit verbreitete Skala wird

seit 2017 in der deutschen Wahlstudie GLES (German Longitudinal Election Study) verwendet. Mithilfe von neun verschiedenen Fragen werden hierbei populistische Einstellungen abgefragt (siehe Tabelle 1). Diese lassen sich den drei Subdimensionen, die bereits oben diskutiert wurden, zuordnen: der Unterstützung der Ansicht einer homogenen Bevölkerung, der pauschalisierten Elitenkritik und der Unterstützung einer (ungeeinschränkten) Volkssouveränität.

**Tab. 1 | Die Messung populistischer Einstellung in der Deutschen Wahlstudie (GLES)**

Anti-Elitarismus	Politiker reden zu viel und handeln zu wenig.
	Die Unterschiede zwischen dem Volk und der sogenannten Elite sind viel größer als die Unterschiede innerhalb des Volkes.
	Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.*
Homogene Bevölkerung	Die normalen Bürger verbindet ein guter und ehrlicher Charakter.
	Die normalen Bürger ziehen an einem Strang.
	Die normalen Bürger teilen die gleichen Werte und Interessen.
Volkssouveränität	Das Volk sollte bei wichtigen politischen Sachfragen mittels Volksabstimmung das letzte Wort haben.
	Das Volk und nicht die Politiker sollten die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen.
	Die Politiker im Parlament müssen dem Willen des Volkes folgen.

\*: Aussage wurde im Fragebogen positiv formuliert, Antwortkategorien werden vor Analyse daher umgekehrt (recodiert).

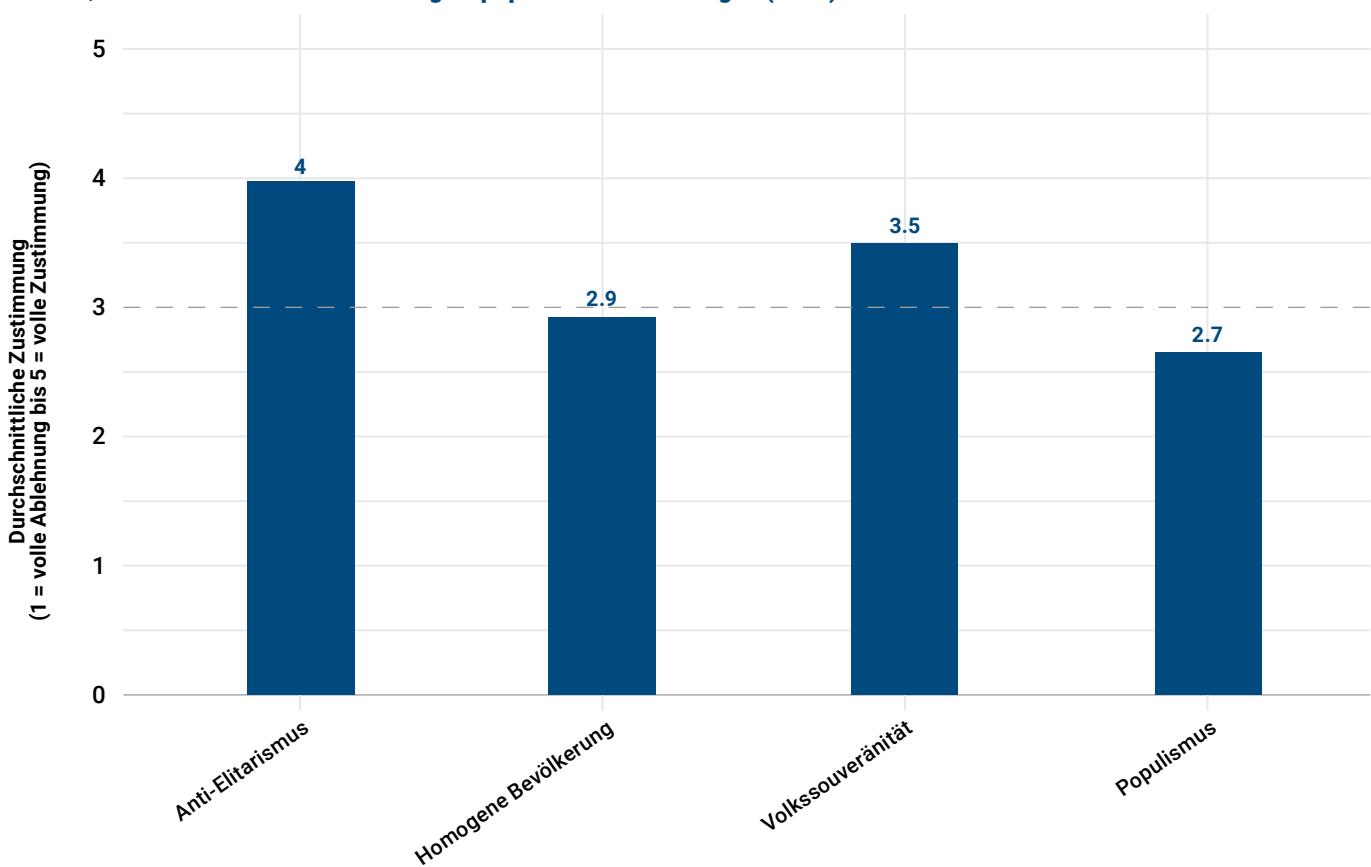
Quelle: Roßteutscher et al., (2024).

Für die folgende Analyse wird das Panel der Deutschen Wahlstudie verwendet (GLES Panel). Ein Panel zeichnet sich dadurch aus, dass die gleichen Befragten über einen längeren Zeitraum hinweg mehrmals befragt werden. Das GLES Panel wird seit 2016 durchgeführt, für die folgenden Analysen wird ein Teildatensatz erstellt, der nur Befragte enthält, die an drei von uns für die Analyse ausgewählten Befragungszeitpunkten (Bundestagswahl 2017, 2021 und Europawahl 2024) teilgenommen haben (Debus et al., 2023; Roßteutscher et al., 2024).

Die Populismusforschung hat bereits für viele Länder festgestellt, dass populistische Einstellungen grundsätzlich weit verbreitet sind, entsprechend populistische Aussagen also auf hohe Zustimmungen stoßen (Akkerman et al., 2014). Dies gilt auch für Deutschland. Die durchschnittliche Zustimmung zu populistischen Aussagen entlang der drei Teildimensionen ist in Abbildung 9 dargestellt. Sie basiert auf der letzten Panel-Erhebung zur Europawahl 2024. Für die Zustimmung zu den Aussagen aus Tabelle 1 stand eine fünfstufige Skala zur Verfügung (1 starke Ablehnung, 2 schwache Ablehnung, 3 neutral, 4 schwache Zustimmung, 5 starke Zustimmung).

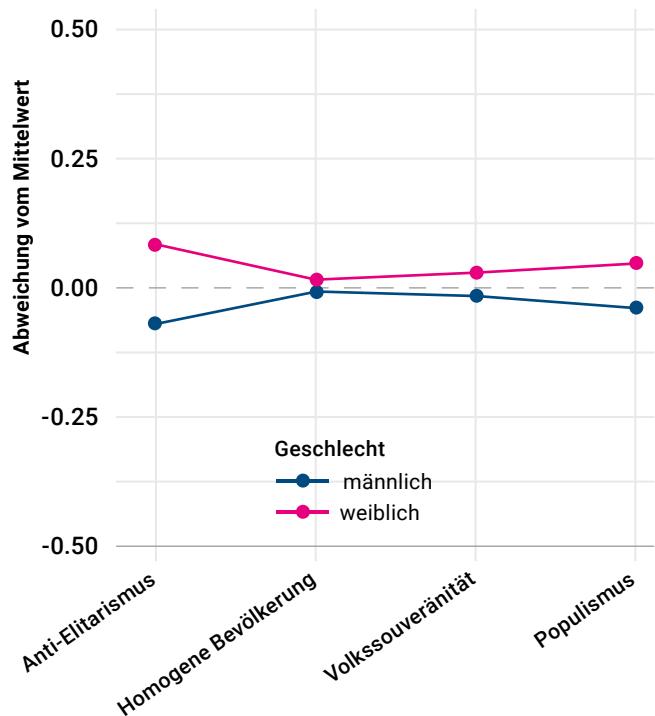
Die Werte der jeweiligen Teildimensionen stellen die durchschnittliche Zustimmung zu den Aussagen dar. Ein Wert von 5 bedeutet demnach, dass ein Befragter allen drei Aussagen zugestimmt hat, ein Wert von 1, dass jemand alle Aussagen der Teildimension abgelehnt hat. Die Aussagen zu Anti-Elitarismus und Volkssouveränität stoßen auf große Zustimmung und werden von den Befragten durchschnittlich bejaht. Lediglich die Aussagen zur homogenen Bevölkerung liegen in ihrer Zustimmung durchschnittlich unter der Neutral-Kategorie (3).

Aus den drei Teildimensionen kann dann ein Gesamt-Populismuswert berechnet werden. Wir folgen dabei Wuttke et al. (2020) und nutzen den niedrigsten Wert eines Befragten auf den drei Teildimensionen (analog zum Vorgehen auf der Partienebene, siehe oben). Da die Hürde, als Populist eingestuft zu werden, damit relativ hoch liegt, fällt dieser Gesamt-Populismuswert mit 2,7 im Vergleich zu denen der Teildimensionen niedriger aus und liegt unter dem Mittelpunkt der Skala. Während einige Teildimensionen also auf beträchtliche Unterstützung kommen, liegt der Anteil derjenigen, die allen drei Teildimensionen zustimmen, deutlich niedriger.

**Abb. 9 | Durchschnittliche Zustimmung zu populistischen Aussagen (2024)**

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf dem GLES Panel (Roßteutscher et al., 2024)

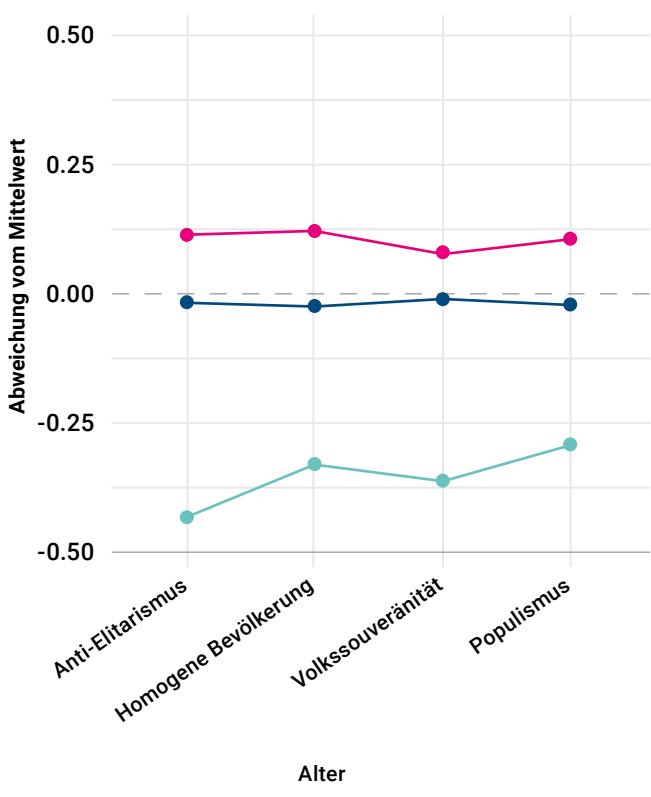
Lassen sich auch Unterschiede zwischen den Geschlechtern erkennen? In unserer Analyse sind Frauen etwas populistischer verortet als Männer (Abbildung 10). Dargestellt sind die durchschnittlichen Abweichungen vom Gesamtmittelwert aller Befragten aus Abbildung 9. In diesem Beispiel deuten negative Werte bei Männern darauf hin, dass diese populistischen Einstellungen in geringerem Maße als der Durchschnitt aller Befragten zustimmen. Positive Werte für Frauen zeigen an, dass diese populistische Einstellungen stärker unterstützen als der Durchschnitt. Allerdings ist auch erkennbar, dass die Abweichungen äußerst gering sind: Der Unterschied in der Zustimmung zwischen Männern und Frauen beträgt in der Regel weniger als einen Zehntel Skalenzentren.

**Abb. 10 | Populistische Einstellungen nach Geschlecht (2024).**

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf dem GLES Panel (Roßteutscher et al., 2024)

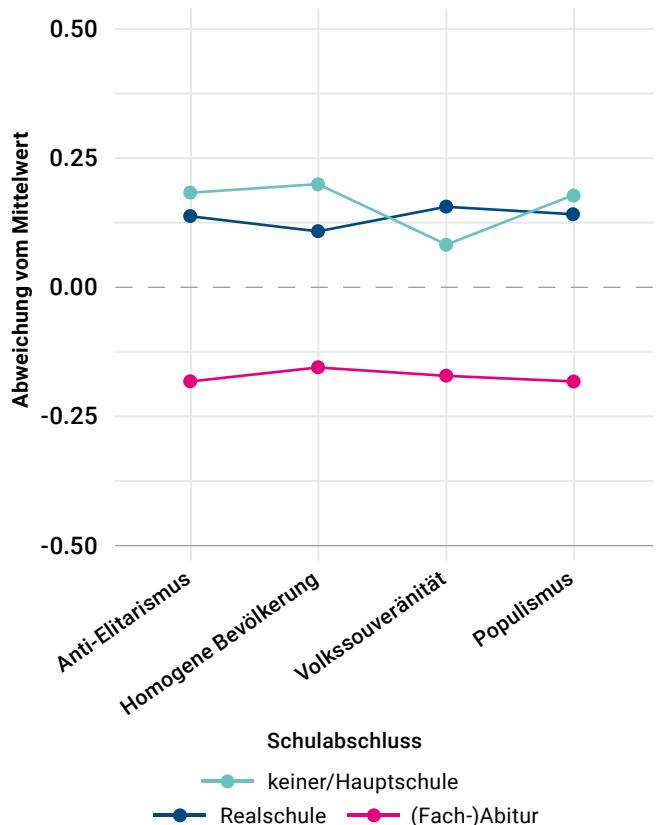
Stärkere Abweichungen zeigen sich bei der Betrachtung von Altersgruppen (Abbildung 11). Der Vergleich der drei Altersgruppen zeigt, dass die jüngste Gruppe (bis 35) populistischen Einstellungen in einem deutlich geringeren Maße zustimmt, der Unterschied beträgt ca. 0,3 bis 0,4 Skalenpunkte (gemessen an der Gesamtskala, die sich von 1 bis 5 erstreckt). Eine leicht überdurchschnittliche Zustimmung lässt sich konstant in der ältesten Altersgruppe (69+) beobachten, wohingegen die Gruppe der 36–68-Jährigen ziemlich genau dem Durchschnittswert entspricht.

**Abb. 11 | Populistische Einstellungen nach Altersgruppe (2024).**



Unterschiede lassen sich auch erkennen, wenn man die Zustimmung nach Schulabschluss vergleicht. Befragte ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss sowie solche mit Realschulabschluss weisen dabei eine leicht erhöhte Zustimmung für populistische Einstellungen auf. Wer (Fach-)Abitur hat, stimmt populistischen Aussagen hingegen weniger stark als die Befragten durchschnittlich zu (Abbildung 12).

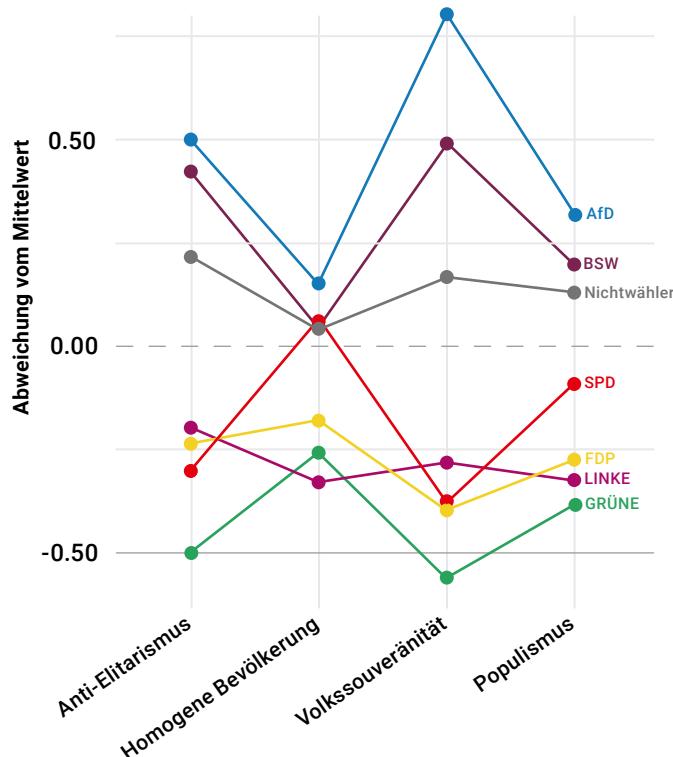
**Abb. 12 | Populistische Einstellungen nach Schulbildung (2024).**



Es ist nun naheliegend, dass Wähler mit populistischen Einstellungen eher zur Wahl populistischer Parteien neigen. Abbildung 13 zeigt die Abweichungen der Befragten vom Mittelwert aller Befragten gruppiert nach ihrer Wahlentscheidung bei der Europawahl 2024. Klar erkennbar ist, dass AfD-Wähler durchweg über alle Teildimensionen sowie auch der Populismus-Gesamt-Skala am stärksten positiv vom Mittelwert abweichen – sie sind also deutlich populistischer als andere Parteianhänger. Dahinter folgen Wähler des BSW, wobei sich bei der Unterstützung der (uneingeschränkten) Volkssouveränität größere Unterschiede zwischen AfD und BSW einerseits sowie den Nichtwählern andererseits zeigen. Dementsprechend kann man BSW-Wähler als populistischer, aber weniger populistisch als AfD-Anhänger bezeichnen. Bei Anhängern der Union und SPD lässt sich eine überdurchschnittliche Unterstützung für die Vorstellung einer Bevölkerung als homogene Gruppe erkennen – dies ist durchaus im Einklang mit der Forschung, die berichtet, dass diese Dimension bei Volksparteien eine relativ hohe Ausprägung hat. Für FDP, Grüne und Linke lassen sich die stärksten negativen Werte berichten, sie sind demnach die am wenigsten populistische Wählerschaft. Bei der Linken gilt es zu bedenken, dass die Partei bei der Europawahl nur noch 2,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte – und das BSW ein starkes Potenzial bei ehemaligen Linken-Wählern mit starken populistischen Einstellungen besitzt (Thomeczek, 2024c).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass populistische Einstellungen am häufigsten bei den Wählerschaften der AfD, des BSW sowie Nichtwählern zu finden sind. Wähler der beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD gehören zwar nicht zu den populistischsten in Deutschland, weisen aber eine gewisse Affinität zu populistischen Einstellungen auf, wodurch zumindest ein Teil dieser auch von populistischen Parteien adressiert werden könnte.

**Abb. 13 | Populistische Einstellungen und Wahlentscheidung bei der Europawahl 2024**

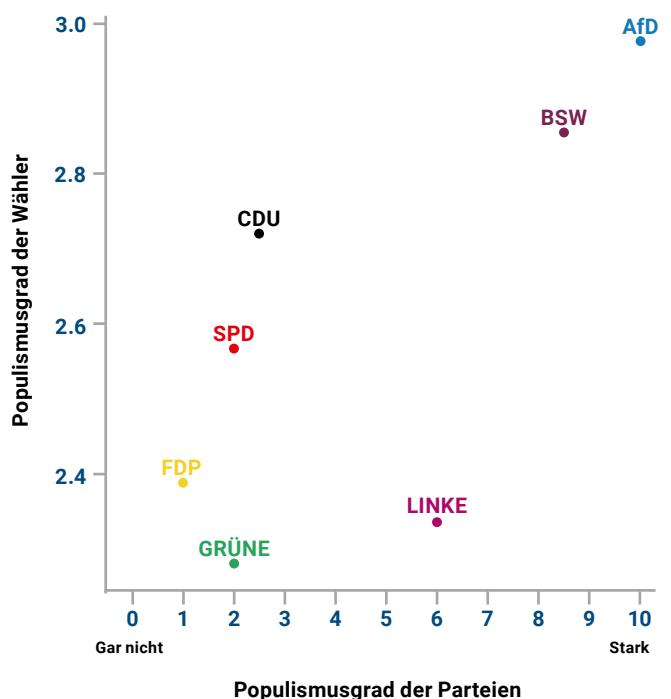


Anmerkung: Da sich das Wahlverhalten zwischen CDU und CSU im Rahmen der verwendeten Wahlstudiendaten nicht trennen lässt, werden diese hier zusammengefasst dargestellt.

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf dem GLES Panel (Roßteutscher et al., 2024)

An dieser Stelle ist nun eine Analyse der Kongruenz zwischen den Parteien und ihren Wählerinnen und Wählern auf der Populismus-Dimension möglich. Der Populismusgrad der Parteien in Abbildung 14 entstammt aus Abbildung 8 (X-Achse), der Populismusgrad der Wählerinnen und Wähler ist der vorherigen Abbildung 13 entnommen. Erkennbar ist eine starke Kongruenz: Je populistischer eine Partei, umso populistischer auch ihre Wählerschaft. Eine stärkere Abweichung von diesem Trend ergibt sich nur bei der Linken. Es sei aber erneut darauf hingewiesen, dass sich das Elektorat der Linken im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 stark verändert und dezimiert hat, insofern ist dies eine Momentaufnahme, die sich je nach Entwicklung der Partei noch stärker verändern kann.

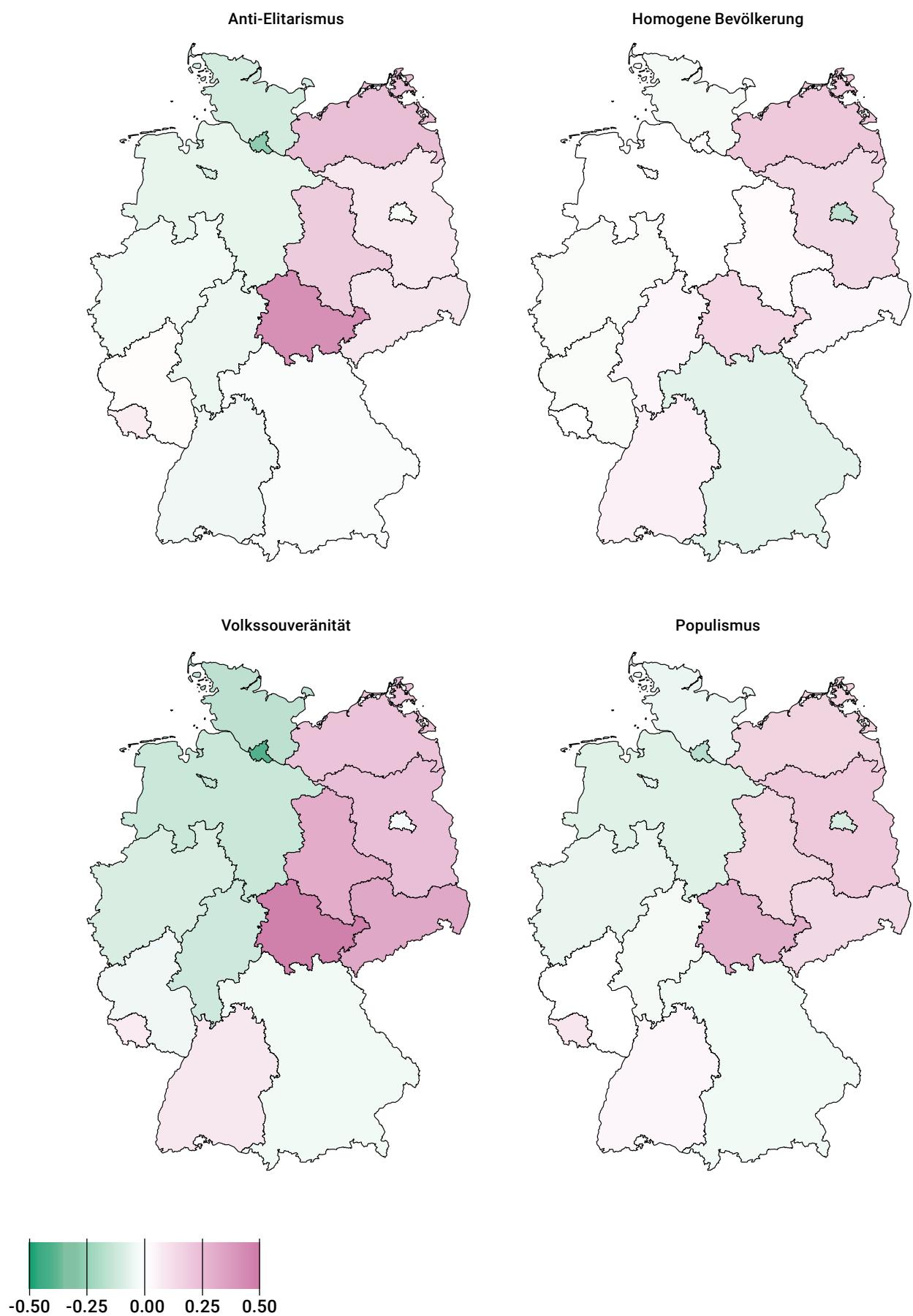
**Abb. 14 | Kongruenz zwischen Populismusgrad von Parteien und ihren Wählern**



Anmerkung: Da sich das Wahlverhalten zwischen CDU und CSU im Rahmen der verwendeten Wahlstudiendaten nicht trennen lässt, werden diese hier zusammengefasst dargestellt.

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf dem GLES Panel (Roßteutscher et al., 2024) und Thomeczek et al. (2024a).

Sowohl bei den Landtagswahlen als auch bei den Europawahlen 2024 wurde deutlich, dass die als in der Fachliteratur als populistisch eingestuften Parteien AfD, Die Linke und BSW über ein deutlich größeres elektorales Potenzial in Ostdeutschland verfügen als in Westdeutschland. Eine Rolle könnte dabei die stärkere Verbreitung populistischer Einstellungen spielen. Abbildung 15 zeigt, dass populistische Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern tatsächlich stärker verbreitet sind. Die Unterschiede erstrecken sich teilweise auf bis zu einen halben Skalenpunkt und fallen damit deutlich stärker aus als die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsabschlüssen oder Geschlechtern.

**Abb. 15 | Populistische Einstellungen in den Bundesländern (2024).**

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf dem GLES Panel (Roßteutscher et al., 2024)

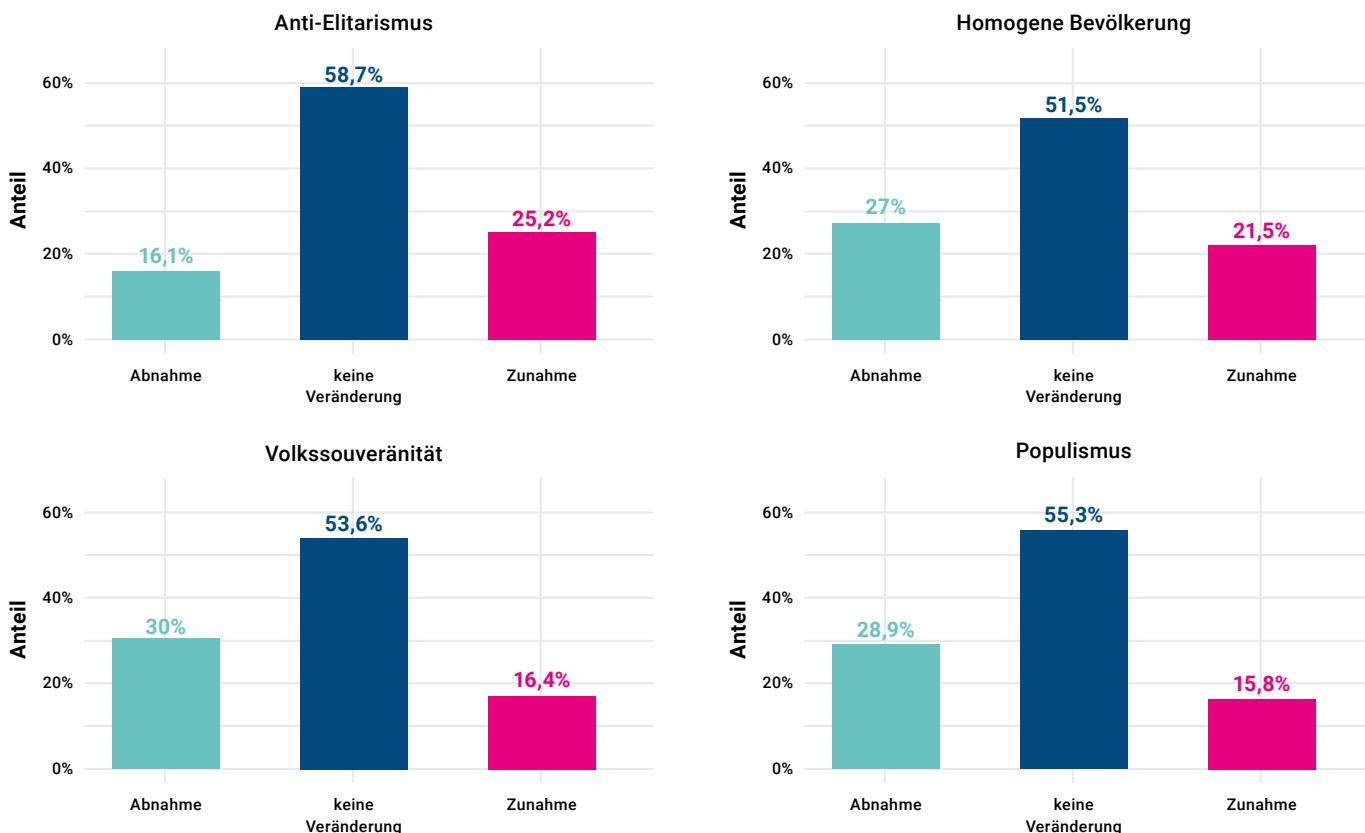
An dieser Stelle stellt sich die Frage, inwiefern die Ergebnisse der vorgestellten Analysen zusammenspielen. AfD und BSW, zwei Parteien, die bei der Europawahl starke Ergebnisse vorweisen konnten, werden als populistische Parteien eingeordnet. Gleichzeitig weisen auch ihre Wähler eine überdurchschnittliche Unterstützung populistischer Einstellungen auf. Allerdings stoßen populistische Einstellungen auch abseits dieser beiden Parteien auf eine hohe Unterstützung in vielen Bevölkerungsteilen, wie Abbildung 8 gezeigt hat. Es stellt sich daher die Frage, ob mit dem beobachteten Aufstieg populistischer Parteien auch ein Anstieg populistischer Einstellungen in der Bevölkerung einhergeht. Zur Beantwortung dieser Fragestellung bietet die Panelstruktur mit wiederholter Befragung des GLES Panels eine gute Möglichkeit, da die gleichen Personen über mehrere Jahre hinweg wiederholt befragt wurden.

In Abbildung 18 ist dargestellt, wie sich die Unterstützung der mit Populismus assoziierten Aussagen auf der individuellen Ebene entwickelt hat. Hierzu wurde als erster Beobachtungszeitpunkt die Bundestagswahl 2017 herangezogen und als zweiter Zeitpunkt die Europawahl 2024. Somit lässt sich also analysieren, inwiefern sich die Veränderung populistischer Einstellungen einer Person in einem Zeitraum von sieben Jahren entwickelt hat.

Dabei wurde eine Abweichung von durchschnittlich mindestens einem halben Skalenpunkt als Grenzwert festgelegt. Bei denjenigen, die in der jeweiligen Subdimension 2024 durchschnittlich 0,5 oder mehr Skalenpunkte unter ihrem Wert von 2017 lagen, wurde eine Verringerung identifiziert. Bei einer Abweichung von +0,5 wurde entsprechend eine Zunahme attestiert. Bewegt sich die Veränderung zwischen diesen beiden Werten, wurde dies als keine Veränderung interpretiert.

Zu erkennen ist zunächst, dass die Gruppen derjenigen, die keine Veränderung aufweisen, relativ konstant in allen vier Teilgrafiken knapp über 50, aber unter 60 Prozent liegen. Bezuglich Anti-Elitarismus lässt sich erkennen, dass rund ein Viertel der Befragten eine stärkere anti-elitäre Haltung aufweist als sieben Jahre zuvor und der Anteil derjenigen, bei denen anti-elitäre Positionen abgenommen haben, am geringsten liegt. Bei den anderen beiden Teildimensionen sowie dem Gesamt-Populismusgrad ist die Gruppe derjenigen, bei denen eine Abnahme vorliegt, größer als die Gruppe derjenigen, bei denen eine Zunahme zu beobachten ist. Der Anteil derjenigen, die insgesamt einen höheren individuellen Populismusgrad aufweisen, liegt bei ca. 16 Prozent. Insgesamt lässt sich also eine relativ hohe Stabilität berichten, lediglich bezüglich Anti-Elitarismus ist eine etwas stärkere Zunahme festzustellen. Dies sollte jedoch nicht als Grund zur Entwarnung interpretiert werden, bedeutet dies doch, dass sich populistische Einstellungen auf einem relativ konstant hohen Niveau innerhalb der Bevölkerung diagnostizieren lassen.

**Abb. 16 | Veränderung populistischer Einstellungen zwischen 2017 und 2024.**



## 5. Fazit

Das Parteiensystem Deutschlands hat in den letzten zehn Jahren zwei einschneidende Umbrüche erlebt. Die 2013 gegründete AfD zog 2017 erstmals in den Bundestag ein. War sie in ihrer Gründungsphase noch deutlich gemäßigter verortet, ist seit 2015 ein klarer rechtspopulistischer Kurs erkennbar; zuletzt mehren sich Hinweise, dass die Partei klar rechts-extreme Tendenzen aufweist. Seit Anfang 2024 existiert mit dem BSW eine neue Akteurin, die sich langfristig etablieren möchte, bei der erste Hinweise auf eine dezidiert populistische Ausrichtung vorliegen. Ob dies ein Phänomen der Parteigründung ist oder Kontinuität bereits vorher bestehender Tendenzen, bleibt noch offen.

Die Chancen für die Etablierung stehen gut, schließlich hat die Partei bereits für eine neu gegründete Partei in kürzester Zeit sehr gute Ergebnisse bei den Europa- und Landtagswahlen 2024 eingefahren und ist inzwischen an zwei Landesregierungen beteiligt. Ein politischer Siegeszug in dieser Geschwindigkeit wurde in Deutschland noch für keine Partei, in einer derart kurzen Zeit nach Parteigründung, beobachtet. Dass das BSW an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist, ändert daran nichts – immerhin haben rund 2,5 Millionen Wählerinnen und Wähler der Partei ihr Vertrauen geschenkt. Auch die AfD scheiterte bei ihrer ersten Bundestagswahlteilnahme 2013 knapp an der Hürde, konnte sich aber dann über die Landesebene fest im Parteiensystem etablieren.

Die politische Lage 2024/2025 ist damit eine völlig andere als bei einer typischen Wahl in den 1960ern oder 1970ern, als SPD und CDU/CSU teils über 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten und die FDP als wechselnder Koalitionspartner fungierte. Die Fragmentierung des Parteiensystems erschwert die Bildung (stabiler) Regierungen und führt dazu, dass tendenziell ungleiche Partner zusammenarbeiten müssen. Dass ideologisch heterogene Bündnisse nicht notwendigerweise ein Hort politischer Stabilität sein müssen, ist an der gescheiterten Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP erkennbar. Für die Wähler hat diese Pluralisierung des politischen Angebots aber auch Vorteile, denn schließlich existiert nun eine Vielzahl von Parteien mit unterschiedlichen Angeboten.

Populismus spielt in Deutschland eine besondere Rolle. Lange gehörte Deutschland zu den wenigen Ländern mit einer etablierten linkspopulistischen Partei in Form der PDS und später der Linken. Lange gehörte es auch zu den wenigen Ländern ohne etablierte rechtspopulistische Partei, was sich spätestens mit Einzug der AfD in den Bundestag nach der Bundestagswahl 2017 änderte. Mit dem BSW nimmt nun eine weitere Partei Anlauf, die nach ersten Analysen auch als populistisch eingestuft wird, sich langfristig im Parteiensystem zu etablieren.

Auf der Wählerebene stoßen populistische Einstellungen teils auf beträchtliche Zustimmung. Es ergibt sich hierbei allerdings ein differenzierteres Bild, wenn eine populistische Orientierung nur dann als vorliegend bewertet wird, sofern

zu allen hier vorgestellten Aspekten des Populismus eine Zustimmung vorliegt. Unterschiede in populistischen Einstellungen lassen sich bezüglich Altersgruppen, Schulabschluss und vor allem Parteivahl, weniger zwischen den Geschlechtern erkennen. Die AfD hat die mit Abstand populistischste Wählerschaft, gefolgt von der Wählerschaft des BSW und Nichtwählern. Wähler der beiden Volksparteien SPD und CDU/CSU stimmen zumindest teilweise mit populistischen Aussagen überein, was einen Schnittpunkt zwischen ihnen und populistischen Parteien darstellt.

Grundsätzlich ist eine starke Kongruenz zwischen dem Populismusgrad der Parteien und ihrer Wählerschaft zu erkennen: Wer populistische Einstellungen stark unterstützt, wählt auch eine populistische Partei. Grundsätzlich finden sich populistische Einstellungen aber auch jenseits der Wählerschaft populistischer Parteien. Das stellt etablierte Parteien vor eine Herausforderung: Sie könnten selbst mehr populistische Rhetorik in Wahlkämpfen einsetzen, um populistische Wähler zu binden oder hinzuzugewinnen, zum Beispiel aus der Nichtwählerschaft. Auf der anderen Seite birgt dies aber die Gefahr, dass sie ihre Stammwählerschaft dadurch verprellen.

Weltweit geraten Demokratien zunehmend unter Druck von radikalen, populistischen und antidebaktratischen Kräften. Wenn zentrale demokratische Errungenschaften wie Pluralismus, Menschenrechte und Konsensbildung als Verrat an Volk und Mehrheitsmeinung interpretiert werden, sind auch inhaltliche Lösungen, die den Interessen der Menschen dienen, auf lange Sicht nicht mehr zufriedenstellend. Gerade aber weil eine solche Rhetorik schon jetzt Einzug in parlamentarische Debatten und den Parteienwettbewerb gehalten hat, werden tragfähige politische Bündnisse immer schwieriger in ihrer Bildung. Wenn Kompromisse zwischen Parteien in Verzug geraten und den Parteien in Konsequenz das Vertrauen entzogen wird, verliert die demokratische Kultur immer mehr an Bodenhaftung. Dabei zeigen autoritäre Entwicklungen auf der ganzen Welt, dass es sich für die Demokratie zu kämpfen lohnt. Dafür müssen politische Akteure wie etwa auch Parteien tragfähige Lösungen entwickeln, die dazu beitragen, die Demokratie als zentrale Errungenschaft unserer Werteordnung zu verstehen. Populisten und Radikale haben unlängst damit begonnen, ihrerseits Gegenentwürfe zu entwickeln, die diese Werteordnung untergraben sollen. Es ist Zeit, diesen entgegenzutreten.

# 6. Literatur

**Akkerman, A., Mudde, C., & Zaslove, A. (2014).**

How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies*, 47(9), 1324–1353. <https://doi.org/10.1177/0010414013512600>

**Albertazzi, D., & McDonnell, D. (2015).** *Populists in Power*. Routledge.

**Arzheimer, K. (2015).** The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? *West European Politics*, 38(3), 535–556. <https://doi.org/10.1080/01402382.2015.1004230>

**Bauer, P. C., Barberá, P., Ackermann, K., & Venetz, A. (2017).** Is the Left-Right Scale a Valid Measure of Ideology?: Individual-Level Variation in Associations with “Left” and “Right” and Left-Right Self-Placement. *Political Behavior*, 39(3), 553–583. <https://doi.org/10.1007/s11109-016-9368-2>

**Beck, U. (2016).** *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne* (S. 391). Suhrkamp.

**Berbür, N., Lewandowsky, M., & Siri, J. (2015).** The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? *German Politics*, 24(2), 154–178. <https://doi.org/10.1080/09644008.2014.982546>

**Bernhard, L., & Chueri, J. (2024).** It’s Conditional: Improving the Measurement of Populism. *Populism*, Online First. <https://doi.org/10.1163/25888072-bja10067>

**Böhmer, A., & Weissenbach, K. (2019).** Gekommen, um zu bleiben? Zum Zusammenhang des Institutionalisierungsprozesses der AfD und ihrer Erfolgschancen nach der Bundestagswahl 2017. In K.-R. Korte & J. Schoofs (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2017* (S. 245–265). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8\\_11](https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8_11)

**Canovan, M. (2002).** Taking politics to the people: Populism as the ideology of democracy. In Y. Mény & Y. Surel (Hrsg.), *Democracies and the populist challenge* (S. 25–44). Palgrave. [https://doi.org/10.1057/9781403920072\\_2](https://doi.org/10.1057/9781403920072_2)

**Dassonneville, R., Hooghe, L., & Marks, G. (2024).** Transformation of the political space: A citizens’ perspective. *European Journal of Political Research*, 63(1), 45–65. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12590>

**De Vries, C. E., Hakhverdian, A., & Lancee, B. (2013).** The Dynamics of Voters’ Left/Right Identification: The Role of Economic and Cultural Attitudes. *Political Science Research and Methods*, 1(2), 223–238. <https://doi.org/10.1017/psrm.2013.4>

**Debus, M. (2022).** Parteienwettbewerb und Wahrscheinlichkeit verschiedener Koalitionsoptionen bei der Bundestagswahl 2021. *Politische Vierteljahresschrift*, 63(1), 73–88. <https://doi.org/10.1007/s11615-021-00361-8>

**Debus, M., Faas, T., Roßteutscher, S., Schmitt-Beck, R., Schoen, H., Weßels, B., & Wolf, C. (2023).** *GLES Panel 2016–2021, Wellen 1–21 (Version 6.0.0) [Dataset]*. GESIS. <https://doi.org/10.4232/1.14114>

**Debus, M., & Wurthmann, L. C. (2024).** LGB+ identity and its implications for the policy positions of parliamentary candidates. *European Political Science Review*, 16(4), 483–502. <https://doi.org/10.1017/S1755773924000018>

**Detterbeck, K. (2011).** *Parteien und Parteiensystem*. utb GmbH. <https://doi.org/10.36198/9783838535753>

**Dippel, A. S., Hetzer, L., & Burger, A. M. (2022).** Links oder rechts? Die ideologische Selbstverortung von Wähler:innen und ihre Wahrnehmung von Parteien in Deutschland. *easy social sciences*. <https://doi.org/10.15464/EASY.2022.04>

**Elff, M., & Roßteutscher, S. (2022).** All Gone? Change and Persistence in the Impact of Social Cleavages on Voting Behavior in Germany since 1949. In R. Schmitt-Beck, S. Roßteutscher, H. Schoen, B. Weßels, & C. Wolf (Hrsg.), *The Changing German Voter* (S. 0). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198847519.003.0002>

**Hartleb, F. (2004).** Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Hawkins, K. A., Carlin, Ryan E., Littvay, L., & Rovira Kaltwasser, C. (2018).** *The Ideational Approach to Populism. Concept, Theory, and Analysis*. Routledge.

**Hawkins, K. A., & Kaltwasser, C. R. (2018).** Introduction. In K. A. Hawkins, Carlin, Ryan E., L. Littvay, & C. Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *The Ideational Approach to Populism. Concept, Theory, and Analysis* (S. 1–24). Routledge.

**Heinze, A.-S. (2021).** Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31(1), 133–150. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00245-0>

**Höhne, B., & Jun, U. (2019).** Die Wiederauferstehung der FDP. In K.-R. Korte & J. Schoofs (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2017* (S. 225–244). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8\\_10](https://doi.org/10.1007/978-3-658-25050-8_10)

**Hough, D., & Koß, M. (2009).** Populism Personified or Reinvigorated Reformers? The German Left Party in 2009 and Beyond. *German Politics and Society*, 27(2). <https://doi.org/10.3167/gps.2009.270206>

- Inglehart, R. (2015).** The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics: Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9781400869589>
- Jankowski, M., Kurella, A.-S., Stecker, C., Blätte, A., Bräuninger, T., Debus, M., Müller, J., & Pickel, S. (2022).** Die Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2021: Ergebnisse des Open Expert Surveys. Politische Vierteljahrsschrift, 63, 53–72. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00378-7>
- Jolly, S., Bakker, R., Hooghe, L., Marks, G., Polk, J., Rovny, J., Steenbergen, M., & Vachudova, M. A. (2022).** Chapel Hill Expert Survey trend file, 1999–2019. Electoral Studies, 75, 102420. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2021.102420>
- Jun, U. (2007).** Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005. In F. Brettschneider, O. Niedermayer, & B. Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005 (S. 491–515). VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-90536-5\\_20](https://doi.org/10.1007/978-3-531-90536-5_20)
- Jun, U. (2023).** Die FDP: Als liberales Korrektiv und typischer Koalitionspartei zu neuen Ufern. In U. Jun & O. Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021 (S. 157–180). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-40860-2\\_6](https://doi.org/10.1007/978-3-658-40860-2_6)
- Korte, K.-R., & Fröhlich, M. (2009).** Politik und Regieren in Deutschland: Strukturen, Prozesse, Entscheidungen (3. Aufl.). utb GmbH. <https://doi.org/10.36198/9783838524368>
- Kriesi, H., & Pappas, T. S. (2015).** European populism in the shadow of the great recession. ECPR Press.
- Laakso, M., & Taagepera, R. (1979).** "Effective" Number of Parties: A Measure with Application to West Europe. Comparative Political Studies, 12(1), 3–27. <https://doi.org/10.1177/001041407901200101>
- Lewandowsky, M., & Heinze, A.-S. (2022).** Welchen Weg nehmen die »Rechten«?: Zum Stand der konservativen, liberalen und rechtsradikalen Parteien in Deutschland. In K. Bergmann (Hrsg.), X-Texte zu Kultur und Gesellschaft (S. 299–316). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839463079-016>
- Lewandowsky, M., & Wagner, A. (2023).** Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany. Representation, 59(3), 485–512. <https://doi.org/10.1080/00344893.2022.2091012>
- Mannewitz, T., & Rudzio, W. (2022).** Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39078-5>
- Marschall, S. (2023).** Das politische System Deutschlands (5. Aufl.). utb GmbH. <https://doi.org/10.36198/9783838558844>
- Marschall, S., & Masch, L. (2020).** Wahlentscheidungen in Zeiten von wachsender Ungewissheit – Volatiles Wählen als Ursache und Folge von volatilen Regierungsbildungen. GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, 69(1–2020), 47–58. <https://doi.org/10.3224/gwp.v69i1.06>
- Meijers, M. J., & Van Der Velden, M. A. c. g. (2022).** The people as 'Volk' or 'Bürger'? The implications of ethnic and civic conceptions of the people for the measurement of populist attitudes. European Journal of Political Research. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12578>
- Michel, M. (2005).** Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949 – 2002. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mudde, C., & Rovira Kaltwasser, C. (2013).** Populism. In M. Freedman, M. Stearns, & L. T. Sargent (Hrsg.), The Oxford Handbook of Political Ideologies (S. 493–512). Oxford University Press.
- Neu, V. (2004).** Das Janusgesicht der PDS: Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus. Nomos.
- Neu, V. (2021).** (Die) Linke. In U. Andersen, J. Bogumil, S. Marschall, & W. Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (S. 598–606). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3\\_37](https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3_37)
- Niedermayer, O. (2000).** Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems: Eine quantitative Analyse. In M. Klein, W. Jagodzinski, E. Mochmann, & D. Ohr (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland (S. 106–125). VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-90180-4\\_6](https://doi.org/10.1007/978-3-322-90180-4_6)
- Niedermayer, O. (2018).** Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In F. Decker & V. Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien (S. 97–125). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-17995-3\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-17995-3_4)
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019).** Cultural Backlash: Trump, Brexit, and the Rise of Authoritarian-Populism. Cambridge University Press.
- Pappi, F. U., Kurella, A.-S., & Bräuninger, T. (2019).** Die Etablierung neuer Parlamentsparteien. Wählerpräferenzen als Erfolgsfaktor für die Alternative für Deutschland 2017 und die Grünen 1986. Politische Vierteljahrsschrift, 60(2), 273–298. <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00150-4>
- Pickel, S. (2000).** Die F.D.P. – Modernisierte Klientelpartei oder auf dem Weg zur APO? In G. Pickel, D. Walz, & W. Brunner (Hrsg.), Deutschland nach den Wahlen (S. 277–294). VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-93326-3\\_14](https://doi.org/10.1007/978-3-322-93326-3_14)
- Poguntke, T. (1993).** Alternative politics: The German Green Party. Edinburgh University Press. <https://cadmus.eui.eu/handle/1814/24356>
- Rooduijn, M., Pirro, A. L. P., Halikiopoulou, D., Froio, C., Kessel, S. V., Lange, S. L. D., Mudde, C., & Taggart, P. (2023).** The PopuList: A Database of Populist, Far-Left, and Far-Right Parties Using Expert-Informed Qualitative Comparative Classification (EiQCC). British Journal of Political Science, 1–10. <https://doi.org/10.1017/S0007123423000431>

**Roßteutscher, S., Debus, M., Faas, T., & Schoen, H. (2024).** GLES Panel 2024, Welle 26 (Version 1.0.0) [Dataset]. GESIS. <https://doi.org/10.4232/1.14349>

**Roßteutscher, S., & Scherer, P. (2013).** Links und rechts im politischen Raum: Eine vergleichende Analyse der ideologischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. In B. Weßels, H. Schoen, & O. W. Gabriel (Hrsg.), *Wahlen und Wähler* (S. 380–406). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-01328-8\\_17](https://doi.org/10.1007/978-3-658-01328-8_17)

**Scherer, P., & Roßteutscher, S. (2019).** 7. Wertorientierungen und Wertewandel. In T. Faas, O. W. Gabriel, & J. Maier (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung* (S. 207–229). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783845264899-207>

**Taggart, P. (2000).** Populism. Open University Press.

**Thomeczek, J. P. (2024a).** Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian – And Populist? An Empirical Analysis. *Politische Vierteljahrsschrift*, 65, 535–552. <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00544-z>

**Thomeczek, J. P. (2024b).** The Voting Potential of Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). *Political Studies Review*, Online First. <https://doi.org/10.1177/14789299241264975>

**Thomeczek, J. P. (2024c).** Is Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) A New Alternative for Populist Voters? Populism. <https://doi.org/10.1163/25888072-bja10069>

**Thomeczek, J. P., Wurthmann, C., & Stecker, C. (2024a).** GEPARTEE – German Parties before the European Elections 2024. Harvard Dataverse. <https://doi.org/10.7910/DVN/7PBJS9>

**Thomeczek, J. P., Wurthmann, L. C., & Stecker, C. (2024b, Juni 26).** Die Parteienlandschaft zur Europawahl 2024. DVPW Blog. <https://www.dvpw.de/blog/die-parteienlandschaft-zur-europawahl-2024-ein-beitrag-von-janphilipp-thomeczek-l-constantin-wurthmann-christian-stecker>

**Tosson, S., & Pickel, S. (2022).** Wählen unter pandemischen Bedingungen: Politische Unterstützung und Responsivität als Einflussfaktoren der Wahlabsicht. In K.-R. Korte, M. Schiffers, A. Von Schuckmann, & S. Plümer (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2021* (S. 1–25). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-35758-0\\_6-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-35758-0_6-1)

**van Kessel, S. (2014).** The populist cat-dog: Applying the concept of populism to contemporary European party systems. *Journal of Political Ideologies*, 19(1), 99–118. <https://doi.org/10.1080/13569317.2013.869457>

**Von Alemann, U., Erbentraut, P., & Walther, J. (2018).** Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21159-2>

**Von Beyme, K. (2017).** Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-14499-9>

**Wagenknecht, S. (2022).** Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Campus Verlag.

**Wagner, S., Wurthmann, L. C., & Thomeczek, J. P. (2023).** Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape. *Politische Vierteljahrsschrift*, 64(3), 621–636. <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00481-3>

**Wurthmann, L. C. (2022).** Wertorientierungen und Wahlverhalten: Effekte gesellschaftlicher Wertorientierungen bei den Bundestagswahlen 2009–2017. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-38456-2>

**Wurthmann, L. C., Angenendt, M., & Thomeczek, J. P. (2024).** The “Free Voters”: A Decent Alternative for Conservatives? *Politische Vierteljahrsschrift*, 65(1), 99–122. <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00470-6>

**Wurthmann, L. C., & Wagner, S. (2024).** On the Association of Attitudes Towards NATO and Weapon Deliveries for Ukraine with Vote Intentions in Germany. *German Politics*, 0(0), 1–24. <https://doi.org/10.1080/09644008.2024.2372562>

**Wuttke, A., Schimpf, C., & Schoen, H. (2020).** When the Whole Is Greater than the Sum of Its Parts: On the Conceptualization and Measurement of Populist Attitudes and Other Multidimensional Constructs. *American Political Science Review*, 114(2), 356–374. <https://doi.org/10.1017/S0003055419000807>

## 7. Autoren



Foto: Privat

### Dr. Constantin Wurthmann

Dr. Constantin Wurthmann, Lorenz-von-Stein Research Fellow; Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Universität Mannheim



Foto: Thomas Rose

### Dr. Jan Philipp Thomeczek

Dr. Jan Philipp Thomeczek, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Potsdam; Professur für Vergleichende Politikwissenschaft

